

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 138

WINTER 1999/2000

DM 1,-

Damals und heute: Der Kampf der Spartakisten für ein Rotes Rätedeutschland

1989/90: Revolution und Konterrevolution

Am 9. November feierte die deutsche Bourgeoisie den zehnten Jahrestag des Mauerfalls. Die kapitalistische SPD-Regierung, die derzeit die Geschäfte des deutschen Imperialismus verwaltet, bot das übliche Sortiment von regierungsnahen Schriftstellern und Künstlern zum Event am Brandenburger Tor in Berlin auf. Die Bourgeoisie hielt sich mit nationalistischen Orgien zurück, denn es war offensichtlich, dass der größte Teil der arbeitenden Bevölkerung in Ost und West keinen Grund zum Feiern sah.

Die Arbeiterklasse in Deutschland und überall auf der Welt, besonders auch in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, spürt heute mit voller Härte das Ergebnis der *Konterrevolution*, die 1990 in der DDR und 1991/92 in der Sowjetunion stattfand. Gorbatschow hat gerade in einer Podiumsdiskussion mit Kohl und Bush im Fernsehen am 8. November



Spartakist

Berlin-Treptow, 3. Januar 1990: Vor 250 000 riefen wir auf für ein Rätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Links: Klassenkampf heute – Demo der IG-Metall-Jugend 1999

damit geprahlt, wie er und Modrow die Konterrevolution organisierten. Er erhielt am 7. November den höchsten Orden der deutschen Bourgeoisie, die sich den deformierten Arbeiterstaat DDR einverleibt und ihr Viertes Reich aufgebaut hatte. Die von den abdankenden stalinistischen Bürokratien geführte Konterrevolution hat Osteuropa erneut für die Ausbeutung durch den deutschen Imperialismus geöffnet. Zum ersten Mal seit 50 Jahren stehen deutsche Truppen wieder auf dem Balkan, diesmal befehligt von der SPD/Grünen-Regierung, um nach der mörderischen Bombardierung Serbiens durch die NATO die Region für die Interessen des deutschen Kapitals zu „befrieden“. Die Kapitalisten sehen für ihre Profitgier im wahrsten Sinne des Wortes keine Grenzen mehr. Sie wollen ihre Profite stark erhöhen, um die neue

Fortgesetzt auf Seite 2



dpa

1989/90: Revolution...

Fortsetzung von Seite 1

Weltmachtrolle des Vierten Reichs gegen die imperialistischen Konkurrenten voranzutreiben, und greifen auf allen Ebenen den Lebensstandard der Arbeiterklasse an. Lohnraub, starke Kürzungen der Sozialleistungen und Renten sind die eine Seite davon – steigender Chauvinismus und rassistischer Staatsterror, um die Arbeiterklasse zu spalten und zu schwächen, die andere.

Aber wie überall in Europa gab es auch in Deutschland Streiks und Proteste der immer noch stark organisierten Arbeiterbewegung gegen die rapide Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und auch gegen den Kriegseinsatz. Der deutschen Bourgeoisie ist klar, auf wie viel Sprengstoff sie sitzt. Ein Mittel, das sie dagegen einsetzt, ist ihre durchdringende Kampagne, die Geschichte umzuschreiben. Es soll das Bewusstsein getilgt werden, dass es in der DDR trotz der bürokratischen Deformierung soziale Errungenschaften gab, von denen die Arbeiter im wieder vereinigten Deutschland nur träumen können. Die ungeheuerliche Gleichsetzung der DDR mit der Nazidiktatur ist nicht nur eine Gleichsetzung der überlebenden Opfer mit den Mördern. Das berüchtigte *Schwarzbuch des Kommunismus* von Stéphane Courtois und anderen, eine ideologische Rechtfertigung für die Herrschaft des Kapitals über die Arbeiter in der nachsowjetischen Welt, verbreitet die groteske Behauptung, dass der Holocaust des 20. Jahrhunderts der Kommunismus und nicht die Naziherrschaft gewesen sei (siehe auch: „*Le Livre noir du communisme: mesonges capitalistes usés*“ [Das Schwarzbuch des Kommunismus: Große Lüge der Kapitalisten], *Spartacist* [französische Ausgabe] Nr. 32, Frühjahr 1998). Diese Große Lüge ist Ausdruck des wütenden Hasses der Bourgeoisie, besonders der deutschen Bourgeoisie von Auschwitz, die Hitler an die Macht brachte. Denn die Rote Armee zerschlug das Naziregime und in der Folge wurde auf dem Gebiet der späteren DDR und in anderen Ländern Osteuropas die Bourgeoisie selbst zum Teufel gejagt.

Die deutschen Kapitalisten wollen Hitler als eine Art Betriebsunfall darstellen und den Holocaust, die planmäßige Ermordung von sechs Millionen Juden und Millionen Roma und Sinti, Homosexuellen, Linken und Sowjetbürgern, endgültig zu den Akten legen. Kurz nachdem Schröder Regierungschef geworden war, verpflichtete er sich „zum Schutz der deutschen Unternehmen“ gegen Forderungen der überlebenden Opfer des Holocaust. Gerade wurde mit

großem Pomp eine Vereinbarung über die Zahlung von 10 Milliarden DM verkündet, womit die Unternehmen, die aus Zwangsarbeitern Riesenprofite herauspressten, ihre „moralische Schuld“ beglichen haben sollen. Die Entwürfe darüber, wie dieses Geld verteilt werden soll, schließen den größten Teil der Überlebenden des Holocaust als Empfänger aus.

Die von der derzeitigen Regierung favorisierte „Sprachregelung“ ist, dass die DDR ein „Unrechtsstaat“ gewesen sei. Für die deutsche Bourgeoisie war die DDR „Unrecht“, weil es dort eine vergesellschaftete Wirtschaft gab und den Kapitalisten das „Recht“ verweigert wurde, die Arbeiter auszubeuten. Dies ist ein Versuch, alle proletarischen Kämpfe gegen die bürgerliche Ordnung, besonders wenn sie im Namen des Kommunismus stattfinden, zu kriminalisieren. Aus Rachsucht an der DDR-Bevölkerung wurde die Industrie der DDR nahezu vollständig zerstört. Die Arbeitslosigkeit, mit offiziell 17,2 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im Westen (*Spiegel*, 8. November 1999), ist ein Nährboden für Faschisten und der staatlich orchestrierte Terror gegen Immigranten und Flüchtlinge gibt den Nazi/Skinhead-Mörderbanden grünes Licht. Aber die kapitalistischen Medien hetzen, die „Mentalität“ der ehemaligen DDR-Bürger sei verantwortlich für das Anwachsen der braunen Pest. Die Löhne betragen nach wie vor nur 60–80 Prozent dessen, was ein Arbeiter für die gleiche Arbeit im Westen bekommt. Die Hetze gegen „Ossis“ ist neben dem Rassismus ein weiterer Teil der Kampagne, die Arbeiterklasse in Deutschland zu spalten.

Die Propaganda der Herrschenden behauptet die „Unvermeidbarkeit des Sieges des Kapitalismus“. Aber 1989/90 stand die Frage klar: Revolution oder Konterrevolution. Die gesamte Internationale Kommunistische Liga (IKL) mobilisierte alle ihre Ressourcen, um in der DDR zu intervenieren und der sich im Herbst 1989 entwickelnden proletarisch-politischen Revolution Führung zu geben. Unser Programm war die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands – durch proletarisch-politische Revolution in der DDR, um die stalinistische Bürokratie zu stürzen und Arbeiterräte zu errichten, und durch soziale Revolution im Westen zum Sturz des Kapitalismus.

Dies war die „russische Frage“, die definierende Frage für Revolutionäre seit 1917: die Verteidigung und Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution. Und die Organisationen der „Linken“, die nicht für die revolutionäre Macht der Arbeiterklasse kämpften – und dies waren alle

Fortgesetzt auf Seite 14

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiter: Derek Lemur
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 138

WINTER 1999/2000

Protest gegen die antisemitische Schändung des jüdischen Friedhofs Weißensee

In der Nacht vom 3. zum 4. Oktober schändeten Nazis den jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee. Sofort protestierte die Spartakist-Jugend an der Berliner Humboldt-Universität.



Spartakist

Protest der Spartakist-Jugend an der Berliner Humboldt-Universität

Viele Studenten solidarisierten sich mit unserem Protest. Es gab auch lebhaft Diskussionen, z. B. über die Rolle der PDS, die den Kapitalismus mitverwaltet. Andere berichteten uns empört, dass sich ihre Professoren über „Lärm“ beschwert hatten. Kurz darauf kam die Uni-Bürokratie mit ihren Campusbulln und wollte unseren Protest verbieten! Wir protestierten lautstark gegen diesen antikomunistischen Maulkorbversuch. Dieser Skandal ist nichts Neues: die Humboldt-Universität, wo im Dritten Reich die Bücherverbrennung stattfand, verlieh nach der Konterrevolution SS-Sturmbannführer Krelle die Ehrendoktorwürde, als Dank für die antikomunistische Säuberung ehemaliger DDR-Dozenten (Spartakist Nr. 122, März/April 1996). Unterstützt von anderen Studenten schlugen wir die Attacke der Bürokraten zurück. Nachfolgend unsere leicht gekürzte Rede vom Protest:

Wir, die Spartakist-Jugend, verurteilen auf das Schärfste die faschistische Schändung des jüdischen Friedhofs in Weißensee und des jüdischen Mahnmals an der Putzitzbrücke. Diese Schändung entblößt die wahre Fratze des deutschen Imperialismus und geschah im Zusammenhang mit einer Welle von Antisemitismus.

Die politische Verantwortung für diese Nazi-Tat liegt beim deutschen Imperialismus, der heute von einer SPD-Regierung verwaltet wird und auch von der PDS in Kommunen und Ländern.

Der Nazi-Holocaust, die industrielle Vernichtung von 6 Millionen Juden und einer halben Million Roma und Sinti zeigt, wozu die deutsche Bourgeoisie fähig ist. Der Holocaust war nur möglich, nachdem Hitler 1933 an die Macht kam und die Arbeiterbewegung zerschlagen und atomisiert hat. Die Arbeiterklasse wollte gegen die Bourgeoisie kämpfen, aber ihre Führung ließ Hitler kampfflos an die Macht kommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg tischte die Bourgeoisie die These von der Kollektivschuld auf, mit der die Opfer zu Schuldigen gemacht wurden. Heute lügt sie vom „Tod des Kommunismus“. Und der SPD-Kanzler Schröder verteidigt diese Bourgeoisie von Auschwitz gegen die Forderungen der noch überlebenden ehemaligen Zwangsarbeiter. Und in diesem von der SPD geschaffenen Klima

Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakist begrüßt die neuen Leser!



Spartakist

Ergebnis der Spartakist-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	160	168	105%
Hamburg	100	119	119%
Auf Entfernung	15	19	127%
Gesamt	275	306	111%

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-
 - Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
- Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 138

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

Spartakist-Protest...

Fortsetzung von Seite 3

von antisemitischer Hetze und tagtäglichem rassistischem Staatsterror sind die Nazi-Mörderbanden ermutigt, ihren Mord-Terror an Minderheiten und jüdischen Friedhöfen auszuüben.

Was wir dringend brauchen, sind Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um die antisemitischen Nazibandens zu stoppen! Die Arbeiter sind in den Betrieben organisiert. Wenn sie streiken, stehen alle Räder still. Sie produzieren den gesamten Reichtum der Gesellschaft, aber die Früchte ihrer Arbeit werden von den kapitalistischen Profitgeiern gestohlen. Die integrierte Arbeiterbewegung hat nicht nur die Macht, das faschistische Pack zu stoppen, sie hat die Macht, die gesamte Menschheit vom Kapitalismus zu befreien, der Faschismus, Antisemitismus, Arbeitslosigkeit und imperialistische Kriege hervorbringt. **Arbeiter/Immigranten – stoppt die Nazi-Banden!**

Heute gibt es Widerstand in den Gewerkschaften und der SPD-Basis gegen die Austeritätsmaßnahmen von Schröder und Co. Wir rufen auf zum Klassenkampf gegen die kapitalistische SPD-Regierung. Ein Schlüsselbestandteil der Arbeiterklasse sind Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft. Wir kämpfen dafür, die rassistische Teilung der Arbeiterklasse zu überwinden und die Arbeiter von SPD und PDS zu brechen und für den Aufbau einer leninistischen Avantgardepartei zu gewinnen, die ein Tribun aller Unterdrückten ist. Die Arbeiterklasse und unterdrückten Minderheiten gehen gemeinsam vorwärts oder werden getrennt zurückgeschlagen. **Volle Staatsbürgerrechte für**

Immigranten! Freiheit für Öcalan! Freiheit für die kurdischen Gefangenen in Berlin! Weg mit dem Verbot von PKK und Devrimci Sol!

Und diese kapitalistische SPD/Grünen-Volksfrontregierung, die Antisemitismus schürt und die Arbeiterklasse angreift, schickte nach 55 Jahren wieder Bundeswehr-Panzer in den Kettenspuren der Wehrmacht auf den Balkan. **Bundeswehr/NATO/UNO/OSZE raus aus dem Balkan! Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovo! Nieder mit den Pogromen gegen die serbische Minderheit und Roma im Kosovo!**

Was zu dieser Flut von antisemitischen Nazi-Anschlägen und inzwischen regelmäßigen Nazi-Aufmärschen führte, ist die kapitalistische Konterrevolution 1990. Es war die PDS, die mit „Deutschland einig Vaterland“ die Konterrevolution führte. Wir Trotzlisten haben die degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas bedingungslos militärisch gegen kapitalistische Konterrevolution von außen und innen verteidigt. 1989/90 kämpften wir für den Sturz der stalinistischen Bürokratie durch eine politische Arbeiterrevolution in Ostdeutschland und für den Sturz der deutschen Bourgeoisie durch sozialistische Revolution in Westdeutschland, für ein Rotes Rätendeutschland.

Am 3. Januar 1990 initiierten wir die Anti-Nazi-Kundgebung in Berlin-Treptow, auf der 250 000 gegen die Nazi-Schändung des Treptower Ehrenmals und für die Verteidigung von DDR und Sowjetunion demonstrierten. Auf der Tribüne gab es einen politischen Kampf zwischen den SED-PDS-Ausverkäufern und uns Trotzlisten. Wir riefen zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten auf! Wir warnen, dass in einem wieder vereinigten kapitalistischen Deutschland die Nazis wieder ihr Haupt erheben werden, dass es Massenarbeitslosigkeit, Rassismus und Krieg bedeuten wird. Und wir hatten Recht. Die gesamte Pseudolinke hat die Konterrevolution unterstützt. Sie tragen ihren Teil der Verantwortung.

Die PDS organisiert wiederholt skandalöse „Debatten“ mit Nazi-Mördern, z. B.: „Wie national muss die Linke sein?“ (siehe *Spartakist* Nr. 133, Herbst 1998). Wir sagen: Über Völkermord gibt es nichts zu diskutieren! Die PDS rät uns „keine rechtsextremen und neonazistischen Parteien zu wählen“ und Gysi beschwört: „Nur ein gemeinsames Projekt SPD/PDS kann etwas verändern!“ (*Neues Deutschland*, 13. September). Wir aber sagen: Nazis können nicht an der Wahlurne gestoppt werden! **Keine verrotteten Verbotsappelle an den kapitalistischen Staat!**

Voriges Jahr riefen wir auf: „Keine Stimme für SPD, PDS!, denn sie sind rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer!“ Es waren PDS und SPD in Brandenburg, die Verständnis äußerten für den antisemitischen Dreck gegen ein Heim in der Gemeinde Gollwitz, in dem 1997 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion leben sollten.

Unser Kampf ist es, das Übel des Antisemitismus an seiner Wurzel, dem Kapitalismus, zu packen und zu vernichten. Das bedeutet, einen Kampf zu führen, den deutschen Imperialismus zu zerschlagen und ein Rotes Rätendeutschland zu erkämpfen. So haben es die russischen Bolschewiki vor 72 Jahren in der Oktoberrevolution gemacht. Solche Revolutionen brauchen wir wieder, weltweit. ■

Veranstaltungen der Spartakist-Jugend

BERLIN

- 12. Januar: **Verteidigt den deformierten Arbeiterstaat China gegen Imperialismus und interne Konterrevolution!**
- 2. Februar: **Stoppt Nazi-Terror durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!**
- 23. Februar: **Stürzt Imperialismus durch Arbeiterrevolution!**
- 8. März: **Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!**

Alle Veranstaltungen finden **18.30 Uhr**, Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 207, Humboldt-Uni statt.

Literatur und Kontakt:
(030) 4 43 94 00

HAMBURG

- 13. Januar: **Für neue Oktoberrevolutionen weltweit!**
- 3. Februar: **Trotzkismus kontra Stalinismus**
- 24. Februar: **Wir sind die Partei der russischen Revolution!**
(Ort auf Anfrage)

Alle Veranstaltungen finden **18.30 Uhr**, Teestube im Pferdestall, Allendeplatz 1, Uni Hamburg statt.

Literatur und Kontakt:
(040) 32 36 44

Besucht die IKL-Webpage!

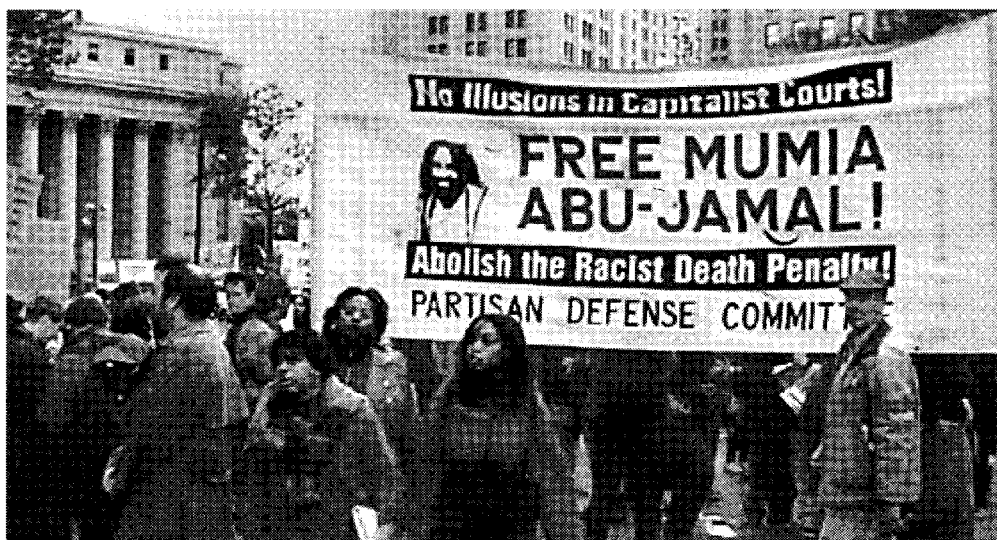
www.icl-fi.org

Trotz Aussetzung der Hinrichtung: die Gefahr bleibt bestehen

Mobilisiert die Macht der Arbeiter/Schwarzen, um Mumia zu befreien!

Am 26. Oktober erhielt Mumia Abu-Jamal einen Hinrichtungsaufschub – wegen der noch anhängigen Entscheidung eines Bundesgerichts über seine „Habeas-Corpus“-Eingabe (Haftprüfungstermin). Keiner der Millionen, die Jamal verteidigen, darf sich durch diese Neuigkeit in Sicherheit wiegen lassen und glauben, Mumia sei nun möglicherweise weniger bedroht durch Polizei und Regierungskräfte, die schon seit langem eine konzentrierte Kampagne für legale Lynchjustiz gegen ihn führen.

Nachfolgend drucken wir eine Rede von Paul Cooperstein vom Partisan Defense Committee (PDC, Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung) ab, die er auf einer Siegesfeier unmittelbar nach der Anti-Klan-Demonstration am 23. Oktober gehalten hat.



Workers Vanguard

PDC-Banner am 23. Oktober. Mobilisierung der Macht der Arbeiter/Schwarzen, um Mumias Freiheit zu erkämpfen, ist entgegengesetzt zum Vertrauen in die bürgerliche Demokratische Partei und die kapitalistischen Gerichte

Wir haben einen weiteren dringenden Kampf vor uns – den Kampf zur Befreiung des politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal, der in der Todeszelle sitzt. Zu seiner Befreiung haben wir die gleichen sozialen Kräfte zu mobilisieren, die heute den Klan in die Flucht schlugen, nämlich die multirassischen Gewerkschaften, die die Grundlage dieser Mobilisierung gebildet haben.

Vor zehn Tagen unterschrieb der Gouverneur von Pennsylvania Tom Ridge einen Befehl zur Hinrichtung Mumias am 2. Dezember. Und obwohl Mumia einen „Habeas-Corpus“-Antrag gestellt hatte, wurde der Hinrichtungsbefehl nicht aufgehoben. Sie sind entschlossen, Mumia zu töten. Wir müssen noch entschlossen sein, ihn zu befreien. Der Lynchstrick des KKK [Ku Klux Klan] ist nur die andere Seite der legalen Lynchjustiz des kapitalistischen Staates. Bei der Mobilisierung gegen den KKK müssen wir unsere Stimmen erheben und fordern: Freiheit jetzt für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Der kapitalistische Staat – bestehend aus Bullen, Gerichten, Gefängnissen und Gefängniswärtern – ist ein Instrument der kapitalistischen Herrscher, um ihre massiven Profite, ihre Klassenherrschaft durch brutale Unterdrückung und Terror gegen Arbeiter und Minderheiten zu verteidigen. Die Gefängnisse sind heutzutage überfüllt mit jungen schwarzen und hispanischen Männern und Frauen, hauptsächlich als Folge des rassistischen „Kriegs gegen Drogen“. Unter ihnen

sind jene, die sich für die Rechte der Arbeiterbewegung und der Schwarzen gegen dieses kapitalistische Unterdrückersystem eingesetzt haben – ehemalige Panther wie Mumia, Bergarbeiter wie Jerry Dale Lowe, MOVE-Mitglieder. Wir kämpfen für die Freiheit der Klassenkriegsgefangenen – ihr Kampf ist unser Kampf!

Im Zentrum dieser Maschinerie des Staatsterrors steht die rassistische Todesstrafe. In diesem Lande ist die Todesstrafe ein direktes Erbe der Sklaverei. Sie ist untrennbar
Fortgesetzt auf Seite 6

Spendet großzügig und noch heute für die Rechtsverteidigung Jamals!

Konto des Komitees für soziale Verteidigung:

Werner Brand
Commerzbank Berlin
Konto-Nr. 590 109 500
BLZ 100 400 00
Stichwort „Jamal“



**Keine Illusionen in die kapitalistischen Gerichte!
Weg mit der rassistischen Todesstrafe!**



Workers Vanguard

Gewerkschafter, wie Mitglieder der Transportarbeitergewerkschaft, Local 100, waren Rückgrat der Anti-Klan-Mobilisierung, die einen Geschmack der notwendigen sozialen Macht gab, um Mumia zu befreien

Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 5

verbunden mit dem rassistischen Bullenterror auf den Straßen und dem außergesetzlichen Terror des KKK. Sie bedeutet die Legalisierung des KKK-Lynchstricks. Es ist kein Zufall, dass sich dem Kampf der Bullen für Mumiias Tod auch die faschistische National Association for the Advancement of White People [Nationale Vereinigung zur Förderung der Weißen] angeschlossen hat. Der Kreuzzug, um Mumia zu töten, hat das Ziel, diese Tötungsmaschinerie zu sanktionieren, die seit Januar [1999] bereits 80 Menschen das Leben genommen hat – die höchste Zahl seit 45 Jahren.

Die Tom Ridges, die Giulianis, die Clintons – und jene dort drüben in Wall Street, denen sie dienen – wollen Mumia töten, weil er ein machtvoller Sprecher für die Armen und Unterdrückten ist. In ihren Augen repräsentiert er das Schreckgespenst der schwarzen Revolution. Warum solche Besorgnis? Weil die Sache der Befreiung der Schwarzen und der Kampf gegen die zermürbende Ausbeutung der Arbei-

ter, wenn sie zusammengeführt werden, in dieser rassistischen kapitalistischen Gesellschaft potentiellen sozialen Sprengstoff darstellen.

Das PDC ist eine klassenkämpferische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung. Geleitet von den Prinzipien der frühen International Labor Defense [Internationale Rote Hilfe], stehen wir im Kampf gegen Ausbeuter und Unterdrücker bedingungslos auf der Seite der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Wir setzen unser *ganzes* Vertrauen in die Macht der Massen und *überhaupt keines* in die Gerechtigkeit der Gerichte.

Es gibt da einige, die tödliche Illusionen in die Gerichte verbreiten, welche Mumia zum Tode verurteilt haben, und die die Forderung nach einem neuen Prozess für Jamal erheben. Unter ihnen ist Al Sharpton, der auch seinen Einfluss geltend machte für den Versuch, sicherzustellen, dass der Klan hier für rassistischen Terror marschieren kann. Gerechtigkeit in den Gerichten? In denselben Gerichten, die die Rechte des Klans schützten, gleichzeitig aber denen, die die KKK-Killer stoppen wollten, die Er-

laubnis zum Aufstellen einer Lautsprecheranlage verweigerten? Was die Gerichte, Stringer, die New York Civil Liberties Union beabsichtigten, war uns – die Massen dieser Stadt, die die vom Klan ausersehenen Opfer sind – daran zu hindern, auf die Straße zu gehen.

Kann Mumia einen fairen Prozess bekommen in den Gerichten, die für das Dred-Scott-Urteil verantwortlich sind, das besagt, dass Schwarze keine Rechte haben, die ein Weißer zu respektieren hat, in den Gerichten, die die Rassentrennung („abgesondert aber gleichberechtigt“) zum Gesetz des Landes machten?

Kann Mumia einen fairen Prozess bekommen in den Gerichten, die feststellten, es sei irrelevant, dass die Todesstrafe rassistisch ist, die es für nicht verfassungswidrig erklärten, einen Unschuldigen hinzurichten?

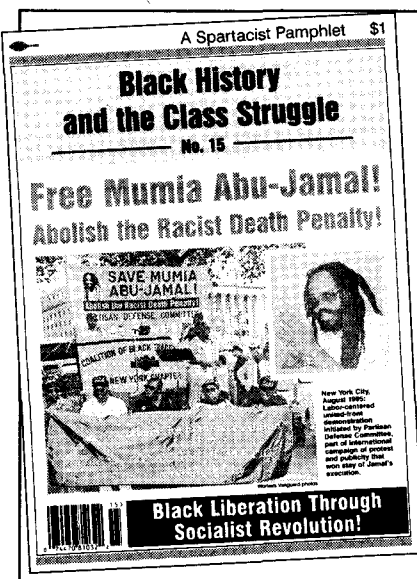
Kann Mumia einen fairen Prozess bekommen in den Gerichten, die die Hinrichtung der Haymarket-Märtyrer, von Sacco und Vanzetti und der Rosenbergs anordneten – die die rassistischen Bullen, die Mörder von Eleanor Bumpurs, Michael Stewart, Anthony Baez, Amadou Diallo, Gidone Busch, auf freien Fuß setzten, damit sie weiterhin ihren Opfern nachstellen können?

Kann Mumia einen fairen Prozess bekommen in den Gerichten, die das auf Sklavenarbeit abzielende Taylor-Gesetz durchsetzen? Verdammst noch mal, nein!

Wir sagen: Freiheit für Mumia! Das bedeutet, jetzt mobil zu machen, gestützt auf die Macht der multirassistischen Arbeiterklasse, der Arbeiter, die die Züge am Laufen halten, die die Autos bauen, die die Lastzüge fahren, die Rohre verlegen, die den Müll beseitigen, die den gesamten Reichtum dieser Gesellschaft erschaffen. Die Arbeiter können, indem sie ihre Arbeitskraft verweigern, diese Stadt, Philly [Philadelphia] und andere Städte kurzerhand dichtmachen und dieser rassistischen Tötungsmaschine das Lebensblut entziehen: kapitalistische Profite.

Um die Freiheit der Klassenkriegsgefangenen zu erreichen, um dieser rassistischen Tötungsmaschine der Lynchstricke, der Gaskammern und der tödlichen Injektionen ein Ende zu bereiten, müssen wir dieses rassistische kapitalistische System ein für alle Mal loswerden – durch sozialistische Arbeiterrevolution. Freiheit für Mumia!

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 722, 29. Oktober 1999



BESTELLT!

Black History, Nr. 15

DM 2,- (48 Seiten)

Englischsprachige
Zeitschrift

Enthalten im Abo von
Workers Vanguard,
zweiwöchentliche Zeitung
der Spartacist League/U.S.

Zu beziehen über:

Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Weg mit dem reaktionären Ladenschlussgesetz!

Seit einem Jahr herrscht die SPD wieder für den deutschen Imperialismus. Sie führte den imperialistischen Krieg gegen Serbien, erließ das rassistische Staatsbürgerschaftsgesetz und arbeitet intensiv daran, der deutschen Bourgeoisie immer höhere Profite aus der Arbeiterklasse durch Lohnkürzungen herauszupressen. Wir sind für Klassenkampf gegen die Angriffe der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung. Was der Organisierung dieses Kampfes aber im Weg steht, ist die prokapitalistische Bürokratie der Gewerkschaften, die engstens mit SPD und PDS verbunden ist und ein Hindernis im Kampf des Proletariats für seine eigenen Interessen darstellt.

Im Juli 1999 führten Zehntausende Kaufhaus-Beschäftigte Warnstreiks durch, um sechs Prozent Lohnerhöhung zu erkämpfen. Doch die Arbeiter im Handel, von denen über 70 Prozent Frauen sind, wurden von der HBV-Bürokratie verraten und für eine reaktionäre Kampagne mobilisiert, das Ladenschlussgesetz zu verteidigen. Die Lohnerhöhung beträgt nur drei Prozent. Doch schlimmer noch: Die Berliner HBV-Führung stimmte in den Tarifverhandlungen der Schaffung einer weiteren Billiglohngruppe zu, da es sich „nur“ um Raumpflegerinnen, Reinigungspersonal und Spülhilfen handeln würde, „die sowohl die Waren- und Kaufhäuser als auch die Filialbetriebe längst ausgegliedert haben“ (*Ausblick*, September 1999). Besonders für diese Arbeiterinnen, die oft ausländischer Herkunft oder Immigrantinnen der zweiten und dritten Generation sind, ist die rassistische HBV-Führung nicht bereit, einen Kampf zu führen, womit sie den Kampf aller im Handel Beschäftigten weiter torpediert!

Mehrklassenlohnsysteme stellen einen Teil der Belegschaft gegen den anderen, treiben die Ausbeutung von Frauen, Immigranten und Jugendlichen weiter voran und gefährden die Jobs der Älteren. So wurden schon Tausende gewerkschaftlich organisierte Jobs durch Zeitverträge und 630-Mark-Jobs zerstört, wodurch Niedriglöhne ohne soziale Absicherung weiter durchgepeitscht werden. Das neue 630-Mark-Gesetz der SPD verschärft die Ausbeutung derer, die unter einem immensen ökonomischen Druck oft mehrere dieser knochenbrecherischen Jobs annehmen müssen, noch weiter und ist ein zentraler Bestandteil der Angriffe auf das gesamte Sozialsystem.

Dringend notwendig ist die Organisierung *aller* Unorganisierten, sind Klassenkampfaktionen wie Streiks, um Feststellungen, Sozialleistungen, höchstmögliche Schichtzuschläge und Schutz für alle im Handel Arbeitenden durchzusetzen! Weg mit den Billiglohngruppen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Gegen Arbeitslosigkeit durch einen Kampf für eine Verkürzung der Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich! Für kostenlose, qualifizierte Kinder- und Jugendbetreuung rund um die Uhr, um Frauen mit Kindern die Arbeit zu ermöglichen.

Doch die sozialdemokratische Führung der HBV kanalisiert die Wut der Arbeiterinnen und Arbeiter auf ihre Ausbeuter in eine Verteidigung des reaktionären Ladenschlussgesetzes, indem sie die Schuld für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Entlassung von 10 000 allein in Berlin auf die Verlängerung der Öffnungszeiten schiebt. Doch das Ladenschlussgesetz regelt nicht *Arbeits-*, sondern *Öffnungszeiten*. Wie Gesetze über Ehe oder Abtreibung maßregelt es das Privatleben der Arbeiterinnen und Arbeiter. In den 20er-Jahren forderten Gewerkschaften längere Öffnungszeiten in Verbindung mit kürzeren Arbeitszeiten – ein Kampf, der heute genauso notwendig ist, um dem Stress an Abenden und Wochenenden, der sowohl Verkäuferinnen als auch Einkäufer gesundheitlich zermürbt, zu entgehen.

Wir sind gegen jede Festlegung von Ladenöffnungszeiten, denn beschränkte Öffnungszeiten *unterdrücken* in erster Linie arbeitende Frauen, die im Kapitalismus den Löwenanteil der Hausarbeit tragen. Nach einer Schicht von acht und mehr Stunden erledigen sie noch den Einkauf für den Haushalt, holen die Kinder vom Kindergarten ab, kümmern sich um die Hausaufgaben, kochen für die Familie. So arbeiten sie bis zu 16 Stunden am Tag. Das „freie“ Wochenende verschlingen die Wäsche und der Haushaltssputz.

Die PDS erklärte zum Ladenschluss im Bundestag: „Eine weitere Verlängerung der Ladenöffnungszeiten lehnt die PDS-Bundestagsfraktion entschieden ab. Die Sonntagsruhe ist ein bewahrenswertes kulturelles Gut. Offene Läden am Sonntag führen nur dazu, daß die Inhaber kleiner Läden sich und ihre Familien bis zur Erschöpfung selbst ausbeuten“ und fordert von der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung: „Die Bundesregierung sollte den Mut haben,

Fortgesetzt auf Seite 8



Christian von Polentz

Proteste 1999: HBV-Bürokratie verrät Interessen der Arbeiterinnen, kanalisiert Wut in reaktionäre Kampagne für Ladenschlussgesetz

Ladenschluss...

Fortsetzung von Seite 7

beim Ladenschluß den bis 1996 gültigen Rechtszustand wiederherzustellen“ (Erklärung der PDS-Fraktion im Bundestag vom 7. August 1999). Also zurück zu geschlossenen Läden ab 18 Uhr und samstags ab 14 Uhr. Entlang dieser Linie lief die groteske „Am Wochenende gehört Mama der Familie“-Kampagne der HBV in Berlin im September und Oktober, bei der Familienfeste und Kundgebungen für das Ladenschlussgesetz organisiert wurden.

PDS und sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie kämpfen nicht für die Befreiung der Frau vom Joch ihrer doppelten Unterdrückung als Lohn- und Hausklavin, sondern für das Gefängnis der Familie, in der Frauen zu Kinder, Küche, Kirche gedrängt werden. In der Tat gibt es eine „Heilige Allianz“ vom Papst und evangelischen Pfaffen bis zur vorgeblichen Linken, die den Sonntag „nicht dem Kommerz opfern“ wollen. Wir kämpfen für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei, die die Arbeiterklasse systematisch für die proletarische Revolution mobilisiert, um Kapitalismus und Frauenunterdrückung ein für alle Mal zu beseitigen. Um erfolgreich die Interessen der Arbeiterinnen im Handel zu erkämpfen, muss die Gewerkschaftsbürokratie, die die Arbeiter an das kapitalistische System kettet, durch eine revolutionäre Gewerkschaftsführung ersetzt werden.

Die Familie: Hort der Frauenunterdrückung im Kapitalismus

Die „Familienwerte“, die die HBV-Führung propagiert, basieren auf Religion und Keuschheit. Sie sind eine konservative Ideologie. Sie bevormunden die Bevölkerung, um bürgerliches „Gesetz und Ordnung“ aufrechtzuerhalten. Sie sollen die Familie rechtfertigen und stärken. Die Familie wiederum ist eine Hauptstütze der kapitalistischen Gesellschaft, oder wie Engels es in *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* erklärte: „Die moderne Einzelfamilie ist gegründet auf die offene oder verhüllte Hausklaverei der Frau, und die moderne Gesellschaft ist eine Masse, die aus lauter Einzelfamilien als ihren Molekülen sich zusammensetzt.“

Für die Bourgeoisie ist die Familie unerlässlich, um ihr Privateigentum an Produktionsmitteln von einer Generation zur nächsten durch „legitime“ Nachfolger zu vererben. Das Proletariat besitzt kein Eigentum an Produktionsmitteln, aber es soll die nächste Generation von Arbeitern produzieren, die von der Bourgeoisie als Lohnsklaven für kapitalistische Ausbeutung und als Kanonenfutter für imperialistische Kriege benutzt werden. Die Arbeiterfamilie soll sich dann um die Jungen und Alten kümmern und alle Sozialleistungen tragen, die die Kapitalisten nicht bezahlen wollen. Die Verteidigung

von reaktionären Familienwerten durch die Gewerkschaftsbürokratie und ihre pseudolinken Anhängsel ergibt sich zwangsläufig aus deren Verteidigung des Kapitalismus, ihrer Opposition zur sozialistischen Revolution.

RSB: „Ladenschluss wie bisher!“

Pseudolinke Organisationen wie MLPD, DKP, Voran oder Linksruck sind gegen die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten. Auch der rechtszentristische Revolutionäre Sozialistische Bund (RSB) verteidigt das Ladenschlussgesetz in *Avanti* (September 1999). Auf der Titelseite fordert er: „Ladenschluss wie bisher!“ Der RSB ist eine Fallstudie, wie die Pseudolinke der sozialdemokratischen HBV-Bürokratie nachtrabt. Diese mobilisiert Arbeiter hinter einem reaktionären Gesetz, als ob das die Lösung ihrer durch die Angriffe der Kapitalisten entstandenen Probleme sei. Damit ordnet sie die Unabhängigkeit der Arbeiter dem Staat derselben Kapitalisten unter.

Der RSB fordert „Aktionskomitees, die den Zugang zu den Kaufhäusern vollstopfen“, und: „Lassen wir den Egoisten keinen Freiraum und vor allem dem Kapital keinen weiteren Zugriff auf das Wochenende.“ Nicht von Streikposten, also Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, ist die Rede, sondern von Mobilisierungen gegen Arbeiter und Arbeiterinnen, die die Möglichkeit nutzen wollen, an ihren arbeitsfreien Tagen einkaufen zu gehen. Der RSB stimmt auch in den Familienchor der HBV, der Kirche und der PDS, zu deren Wahl er 1998 aufrief, ein: „Versetzte Arbeitszeiten haben allgemein die Folge, daß immer mehr Menschen von gemeinsamen geplanten Veranstaltungen, familiären oder gesellschaftlichen Ereignissen ausgeschlossen sind.“

PDS-geführte Konterrevolution trampelt auf Frauen herum

Die von der PDS geführte kapitalistische Konterrevolution 1990 erniedrigte besonders in Ostdeutschland die Frauen. Der RSB, wie die gesamte Pseudolinke, hat die Konterrevolution unterstützt. Sie tragen ihren Teil der Verantwortung für die katastrophale Verschlechterung, die Frauen erlitten. So wurde die Fristenlösung, die Frauen das Recht auf Abtreibung bis zum dritten Monat gab, zurückgenommen. Pfaffen aller Art entwürdigten Frauen in Zwangsberatungen, durch die sie von Abtreibungen abgehalten werden sollen. Wir kämpfen für kostenlose Abtreibung auf Wunsch und für die Trennung von Kirche und Staat! Noch gravierender ist die Verdrängung der Frauen aus dem Arbeitsleben. 90 Prozent der Frauen in der DDR hatten feste Arbeit und viele arbeiteten in Industrien, die heute ausschließlich Männerberufe sind. In der DDR waren Frauen nicht abhängig von ihren Ehemännern, was durch kostenlose Kinderbetreuung, großzügige Freistellungen, um kranke Kinder zu versorgen, und ausgedehnten bezahlten Mutterschaftsurlaube ermöglicht wurde. Heute ist Kinderbetreuung eine Frage teurer Bezahlung. Wer sie sich nicht leisten kann, muss zu Hause bleiben.

Die Planwirtschaft legte die Grundlage für weitgehende Schritte zur Befreiung der Frau. Wie wir in „Kapitalistische Konterrevolution trampelt auf Frauen herum“ (*Spartakist* Nrn. 104/105, Juni und Juli 1993) schrieb: „Das übergeordnete Ziel einer kollektivierten Wirtschaft ist es, das Gesamtproduktionsvolumen zu maximieren (nicht die Profitabilität einer individuellen Firma) und deshalb auch die Beschäftigung sowohl von Männern als auch von Frauen.“

Die Frauen in dem bürokratisch deformierten Arbeiterstaat DDR waren aber immer noch weit davon entfernt gewesen, eine vollständige Emanzipation zu erlangen. So gab es schon auf rein ökonomischer Ebene keine volle Gleichstellung: Im Jahr 1988 betrug das durchschnittliche

Fortgesetzt auf Seite 13

斯巴达克派 SPARTAKIST

铸造一个列宁 托洛茨基主义的政党!

临界线上的中国:
工人政治革命, 还是资本主义奴役?



**China am Scheideweg:
Proletarisch-politische
Revolution oder kapitalistische
Versklavung?**

Spartacist-Broschüre
DM 2,- (24 Seiten)

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Konto 119 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Verteidigt die tschetschenische Unabhängigkeit!

Für die Niederlage der russischen Invasion Tschetscheniens!

Der folgende Artikel wurde zuerst in Workers Vanguard Nr. 724 vom 26. November 1999 veröffentlicht, der vierzehntägig erscheinenden Zeitung unserer amerikanischen Sektion, der Spartacist League/U.S.

Mehr als 200 000 tschetschenische Männer, Frauen und Kinder sind bereits aus ihren Häusern vertrieben worden, viele sind bei Minusgraden ohne ausreichende Nahrung oder Unterkunft im Niemandsland an der Grenze gestrandet, während die neuen kapitalistischen Herrscher von Russland abermals Krieg gegen Tschetschenien führen und ihren Massenterror verbreiten. Seit Wochen wird die bela-

WORKERS VANGUARD

gerte Hauptstadt Grosny fortlaufend bombardiert, bei einem Raketenangriff auf den Zentralmarkt am 21. Oktober wurden etwa 140 Menschen getötet. Mittlerweile haben die russischen Truppen die zweitgrößte Stadt Tschetscheniens, Gudermes, überrannt und besetzt. Der russische Präsident Jelzin und das Oberkommando der Streitkräfte wollen Rache nehmen für ihre schmachvolle Niederlage im Tschetschenienkrieg 1994–96, der de facto zur Unabhängigkeit dieser traditionell islamischen Region im Nordkaukasus führte. In der Sprache des Nazi-Holocaust erklärte der russische General Leonid Iwaschow: „Es sollte eine Endlösung des Tschetschenienproblems geben“ (*Moscow Times*, 25. September).

Gleichzeitig wurde in Moskau und anderen russischen Städten eine mörderische Pogromhetze nicht nur gegen Tschetschenen entfacht, sondern gegen alle dunkelhäutigen Menschen aus dem Kaukasus und Zentralasien. Die Parole „Tötet die Schwarzen“ ist in ganz Moskau auf Mauern gepinselt. „Diese Leute werden mit Sicherheit vernichtet“, erklärte Jelzins gegenwärtiger oberster Henkersknecht, Ministerpräsident Wladimir Putin, als er seine „Operation Wirbelwind“ gegen die Tschetschenen ankündigte.

Hinter der chauvinistischen Hysterie steckt die Geldgier von Russlands neuen Kapitalisten. Die zentrale Pipeline, die von den reichen Ölfeldern im und am Kaspischen Meer ausgeht, verläuft durch die abtrünnige kaukasische Republik. Allgemein gesagt: Jelzins Russland ist entschlossen, seine imperialistischen Appetite im „nahen Ausland“ durchzusetzen – in den früheren Sowjetrepubliken des Kaukasus und

Zentralasien, die Teil der multinationalen UdSSR vor dem konterrevolutionären Auseinanderbrechen 1991/92 waren.

In einem ekelhaften Schauspiel von Heuchelei kritisieren die USA und die anderen westlichen Mächte die russische Brutalität im Kaukasus und äußern „humanitäre“ Bedenken über das Vorgehen gegen die Tschetschenen – haben sie doch selbst nur wenige Monate zuvor Serbien in ein vorindustrielles Zeitalter zurückgebombt, wobei sie bewusst Brücken, Eisenbahnen und Fabriken ins Visier nahmen. Aber hier ist mehr als Heuchelei am Werk: Der US-Imperialismus hat strategische Interessen in dieser ölreichen Region. Gerade als Clinton und andere westliche Führer Jelzin am 18. November auf einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wegen seiner Behandlung der Tschetschenen tadelten, schlossen die USA ein Abkommen mit Georgien, Aserbeidschan, Kasachstan und der Türkei für eine neue Erdölpipeline, die nicht durch russisches Territorium laufen würde. Die *New York Times* (19. November) berichtete: „Die wesentliche Bedeutung lag darin, die neuen Nationen am Kaspischen Meer, die noch vor einem Jahrzehnt Bestandteil der Sowjetunion gewesen sind, von Russland wegzuziehen und den Vereinigten Staaten größeren Einfluss in der Region zu verschaffen.“

Insbesondere nach dem US/NATO-Krieg gegen Serbien im letzten Frühjahr, als Moskau beobachtete, wie Washington auf arrogante Weise seine weltweite Dominanz als „Supermacht“ durchsetzte, sind die russischen Herrscher mehr denn je darauf erpicht, jeden Quadratkilometer

Fortgesetzt auf Seite 10



Reuters

Russische Panzerkolonnen rollen auf die tschetschenische Hauptstadt Grosny zu. Terrorbombardierung vertrieb bis heute mehr als 200 000 Tschetschenen aus ihren Häusern

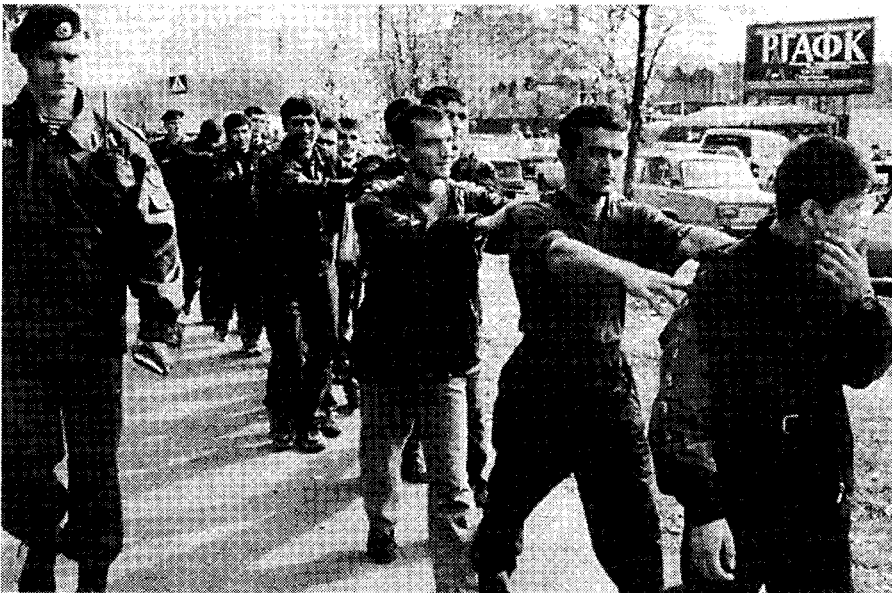
Tschetschenien...

Fortsetzung von Seite 9

„ihres“ Territoriums zu halten. Als sie Ende September mit der Bombardierung Tschetscheniens begannen, verwiesen sie auf den Luftkrieg der NATO gegen Serbien als Präzedenzfall und Modell für ihre Aktionen.

Die Ambitionen des nachsowjetischen Russlands, eine imperialistische Macht zu sein, werden allerdings durch den tief gehend wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch durchkreuzt, den die kapitalistische Konterrevolution verursacht hat. Die Zentralregierung verfügt über wenig Autorität und die regionalen politischen Bosse handeln als Mächte im eigenen Namen. Nach Jahren der Korruption, wo die Truppen sich abstrampeln, um nicht verhungern zu müssen, ist die russische Armee dermaßen demoralisiert, dass einige Offiziere dabei entdeckt wurden, wie sie wehrpflichtige Soldaten als Zwangsarbeiter und sogar in die direkte Sklaverei verkauften (*Kommersant*, 2. September). Jetzt versucht die Armee, durch einen Eroberungskrieg im Kaukasus ihre Autorität wieder zu behaupten.

Die Internationale Kommunistische Liga kämpfte bis zum Schluss, um die Errungenschaften der bolschewistischen Revolution von 1917 gegen die Restauration des Kapitalismus zu verteidigen. Wir warnten, dass die kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion und in Osteuropa die US-imperialistischen Schlächter ermutigen würde und zur wirtschaftlichen Verwüstung und blutigen bruder-



EPA

In pogromartigen Angriffen gegen Kaukasier und Einwohner aus Zentralasien wurden dunkelhäutige Menschen in Moskau zu Zehntausenden zusammengetrieben und deportiert

mörderischen Schlächterei innerhalb der ehemaligen bürokratisch degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten führt. Heute kämpfen die Massen Osteuropas und der früheren UdSSR ums nackte Überleben, gleichzeitig ist die wirtschaftliche Katastrophe ein fruchtbarer Boden für die Verbreitung aller Arten von reaktionärem, rassistischem Gift.

Als die russische Armee Ende 1994 in Tschetschenien einmarschierte, sagten wir in einer Erklärung der IKL: „Zerschlagt Jelzins Invasion von Tschetschenien!“ (*Spartakist* Nr. 117, März/April 1995). Wir schrieben:

„Die Internationale Kommunistische Liga steht für die *Niederlage der russischen Invasionstruppen*, deren Versuch, die Tschetschenen zu unterwerfen, diesem kaukasischen Volk nur Massenterror bringen kann. Darüber hinaus schwächt der tschetschenische Widerstand ernsthaft das diktatorische Regime des Möchte-

gern-Zaren Jelzin, und dies schafft eine potentiell günstige Gelegenheit für die Werktätigen Rußlands aller Nationalitäten, sich gegen die ökonomische Verwüstung zu verteidigen, die die kapitalistische Konterrevolution angerichtet hat.“

Heute rufen wir gleichermaßen zur militärischen Verteidigung Tschetscheniens gegen Jelzins Russland auf, ohne den bürgerlich-nationalistischen und islamischen Kräften Tschetscheniens auch nur ein Jota an politischer Unterstützung zu geben. **Für die Niederlage der russischen Invasion – Verteidigt Tschetscheniens Unabhängigkeit! Nieder mit dem Pogromterror gegen die kaukasischen und zentralasiatischen Völker in Russland! Für vereinigte Aktion der Arbeiterklasse gegen Jelzins Regime der kapitalistischen Verelendung und des grossrussischen Chauvinismus! Für proletarische sozialistische Revolutionen in den Ländern der früheren Sowjetunion!**

Russische Herrscher schüren anti-tschetschenische Hysterie

Trotz seiner erdrückenden Überlegenheit an Truppen und Bewaffnung wurde das russische Militär 1994–96 durch den erbitterten tschetschenischen Widerstand besiegt. Junge russische Wehrpflichtige, ausgehungert und in den Schützengräben halb erfroren, wurden in den Kämpfen dieses dreckigen Kolonialkrieges schnell demoralisiert. Sie wurden von Offizieren geführt, die oft ebenso korrupt wie brutal waren. Die tschetschenischen Truppen verbesserten ihre Feuerkraft, indem sie Waffen erbeuteten und in einigen Fällen der russischen Armee abkauften.

Als der Krieg Mitte 1996 mit einer Verhandlungslösung endete, waren etwa 70 000 Zivilisten und bis zu 3000 tschetschenische Kämpfer getötet worden. Hunderttausende flüchteten aus der Region, darunter viele ethnische Russen, deren Wohnungen von der russischen Armee zerstört worden waren. Auf der anderen Seite wurden 6000 russische Soldaten in Leichensäcken nach Hause geschickt und weitere 20 000 verwundet.

Die imperialistischen Medien beschreiben Tschetschenien und andere historisch islamische Regionen der früheren Sowjetunion als Gebiete, die stets unter der Knute eines „Sowjetimperialismus“ gestanden hätten. Tatsächlich erreichten die Völker des Kaukasus und Zentralasiens unter sowjetischer Herrschaft trotz der Misswirtschaft und des russischen Nationalismus der stalinistischen Kreml-Bürokratie einen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt, der sich

buchstäblich nach Jahrhunderten bemisst. In einem informativen Artikel über Tschetschenien in der *New Left Review* (September/Oktober 1999), der kurz vor der jüngsten russischen Invasion geschrieben wurde, erklärt Georgi M. Derluguian: „In den sechziger Jahren wurden das sowjetische Zentralasien und der Kaukasus gemeinhin als Paradebeispiel der Modernisierung beschrieben, und das war keine bloße propagandistische Schutzbehauptung.“

Es war der konterrevolutionäre Zusammenbruch der Sowjetunion, der die separatistischen Bewegungen in der Region antrieb. Derluguian bemerkt:

„Tschetscheniens Ölvorkommen waren seit den späten siebziger Jahren nahezu ausgeschöpft. Seine verrostenden Industrieparks, die altersschwache Infrastruktur und die überlasteten sozialen Dienste wurden durch den allgemeinen Bankrott der sowjetischen Wirtschaft fast

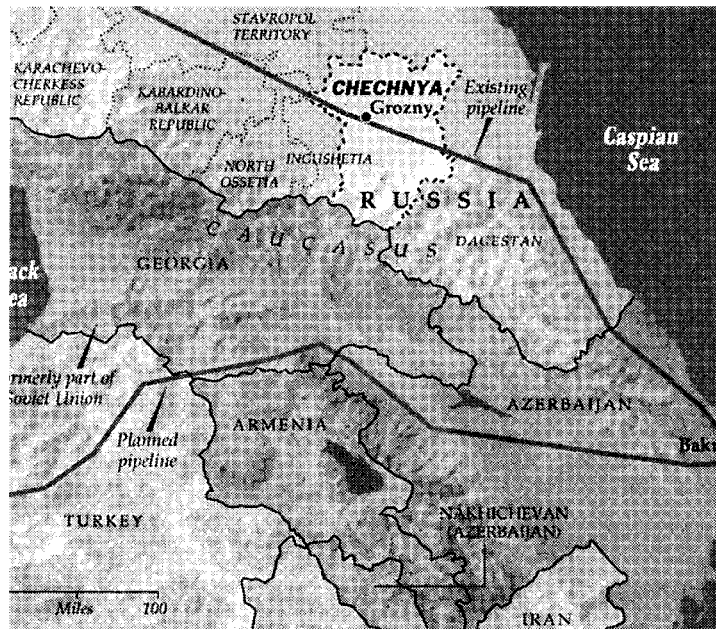
lahm gelegt, selbst vor der Verwüstung durch den Krieg 1994–96.“

Als die UdSSR noch bestand, fanden viele Tschetschenen Arbeit in den Industriezentren der Sowjetunion, die an einem chronischen Arbeitskräftemangel litten. Aber „der Zusammenbruch der sowjetischen Wirtschaft schloss dieses Ventil“. Kleinhändler verwandelten Tschetschenen dann zu einer – wie Moskauer Beamte es nannten – „kriminellen Freihandelszone“ für den Handel mit Ländern des Nahen Ostens. Nach seiner Niederlage 1996 unternahm Russland Schritte, um diesen Handel zu unterbinden und damit Tschetschenien in die Knie zu zwingen.

Mit dem Abzug seiner Streitkräfte akzeptierte Moskau implizit den Anspruch Tschetscheniens auf Unabhängigkeit. Allerdings wurde vereinbart, dass der formale Status des Landes für fünf Jahre unbestimmt bleiben sollte. Das Ende des Krieges wurde zwar von der Masse des russischen Volkes begrüßt, doch das militärische Oberkommando, die Sicherheitskräfte und andere so genannte „Machtministerien“ in Moskau warteten ab und bereiteten sich darauf vor, ihre schmachliche Niederlage durch die Tschetschenen zu rächen und Moskaus Herrschaft im Kaukasus zu behaupten. Einige russische Generäle drohen jetzt angeblich mit einem Putsch, falls Jelzin/Putin in Reaktion auf den diplomatischen Druck aus dem Westen ein Abkommen mit den tschetschenischen Führern schließen sollten.

Die Verwüstung Tschetscheniens durch die russische Invasion richtete den letzten Rest an Autorität zugrunde, den die Zentralregierung in Grosny noch besaß. Die „Zerstörung der aus der sowjetischen Vergangenheit übernommenen modernen Institutionen“ und die „brutalisierende Wirkung“ des Krieges, wie Derluguian es ausdrückt, zwang die Bevölkerung, „die Gunst und den Schutz verschiedener Kriegsherren zu suchen“. Die Region wurde von rivalisierenden Guerilla-Gruppen heimgesucht, die gewöhnlich auf Clan-Loyalitäten beruhen und tschetschenischen Nationalismus und islamischen Fundamentalismus hochhalten. Der wachsende Einfluss des Islam war ein vernichtender Schlag für viele Tschetschenen, „deren hart errungener sozialer Status, deren Ausbildung, Lebensstil und Erwartungen – die sich alle in der modernen städtischen Umgebung entwickelten – an Wert verloren oder schlicht nutzlos wurden“.

Im vergangenen August unternahm eine Gruppe unter Schamil Bassajew, einem Kriegsführer von 1994–96, der bei den tschetschenischen Präsidentschaftswahlen 1997 ein Viertel der Stimmen auf sich vereinigen konnte, einen Überfall auf das benachbarte Dagestan, das Teil der Russischen Föderation ist. Sein erklärtes Ziel war es, einen islamischen Staat zu errichten. Bassajews fundamentalistisches Abenteuer fand wenig Unterstützung in Dagestan, wo weit mehr verschiedene Völkerschaften leben als in Tschetschenien – darunter ein beachtlicher slawischer Bevölkerungsanteil –, und das von Moskaus wirtschaftlicher Unterstützung



New York Times

Kapitalistische Rivalitäten über die riesigen kaspischen Ölreserven: russisch kontrollierte Pipeline verläuft durch Tschetschenien; Washington handelte ein Geschäft aus für eine alternative Route durch die Türkei

abhängt. Ein prominenter dagestanischer Intellektueller, Nabi Abdullaew, erklärte: „Das Letzte, was sich die Dagestanis wünschen, ist, von Tschetschenien regiert zu werden“ (*Financial Times* [London], 20. September). Nach einigen Wochen harten Kampfes zogen sich Bassajews Guerillas aus Dagestan zurück.

Etwa zur gleichen Zeit wurden Moskau und andere russische Städte von einer Serie von Explosionen in Einkaufszentren und Appartmenthochhäusern erschüttert, die über 300 Menschen tötete. Die russischen Behörden behaupteten natürlich – ohne dies irgendwie belegen zu können –, dass tschetschenische „Terroristen“ für diese Gräueltaten verantwortlich seien. Bassajew dementierte energisch auch nur die geringste Beteiligung. Der tschetschenische Präsident Aslan Maschadow sowie auch eine Reihe politischer Figuren in Russland – darunter der frühere russische Bewerber um die Präsidentschaft, Alexander Lebed – behaupteten, dass die Bombenanschläge das Werk russischer Sicherheitskräfte seien.

Wer auch immer hinter diesen wahllosen terroristischen Angriffen steckt: Es steht fest, dass die Bombenattentate von Russlands Herrschern dazu benutzt wurden, rassistische Pogrome gegen dunkelhäutige Menschen aus dem

Fortgesetzt auf Seite 12



Souza/Chicago Tribune

Kosovo: US/NATO-Kriegsterror gegen Serbien zerstörte Pec im letzten Frühjahr. IKL fordert heute: Nieder mit imperialistischer Besetzung des Kosovo! US/UN/OSZE/Bundeswehr – raus aus dem Balkan!

Tschetschenien...

Fortsetzung von Seite 11

Kaukasus und Zentralasien zu organisieren und einen neuen Krieg gegen Tschetschenien zu führen. Der Moskauer Bürgermeister Juri Luschkow, der danach trachtet, Jelzins Nachfolge als Präsident anzutreten, ordnete die „Neu-Registrierung“ aller Einwohner ohne dauerhafte Aufenthaltserlaubnis an. Während die Polizei Massenverhaftungen vornahm, wurden russische Bürger aufgefordert, Bürgerwehren zu bilden, um nach „verdächtigen“ Menschen Ausschau zu halten. Stark bewaffnete Polizeieinheiten auf den Straßen und in den U-Bahn-Stationen jagen und terrorisieren jeden, der kaukasisch oder zentralasiatisch aussieht; viele andere wurden verprügelt oder erstochen, während gleichzeitig Zehntausende aus der russischen Hauptstadt deportiert werden sollen. 1993 organisierte Luschkow ein ähnliches Pogrom, als innerhalb einer Woche mehr als 13 000 Menschen aus Moskau vertrieben wurden.

Nieder mit dem großrussischen Chauvinismus!

Unter dem Vorwand, von Maschadow die Unterdrückung tschetschenischer „Terroristen“ zu fordern, begann Moskau Ende September mit Luftangriffen auf ganz Tschetschenien. Etwa eine Woche später signalisierte das Jelzin-Regime seine klare Absicht, Tschetschenien zu erobern und zu unterjochen, indem es eine Hand voll willfähriger, in Moskau ansässiger tschetschenischer Politiker zur „einzig legitimen Autorität“ in der kaukasischen Republik erklärte. Eine Invasionsstreitmacht von 30 000 Soldaten besetzte die nördliche Ebene Tschetscheniens, überschritt dann den Fluss Terek, kreiste Grosny ein und bombardierte die Stadt. Der frühere russische Ministerpräsident Sergej Stepaschin, der bei der Anleitung der vorigen Invasion Tschetscheniens eine Schlüsselrolle spielte, warnt jetzt: „Um diesen Krieg zu gewinnen, muss man die gesamte männliche Bevölkerung Tschetscheniens vernichten“ (*Moscow Times*, 4. November). In ihrer jetzigen verzweifelten Stimmung könnten die russischen Militärbefehlshaber ein ganzes Stück weiter gehen als bisher und ein wirklich völkermörderisches Massaker am tschetschenischen Volk verüben.

Jetzt gibt es mehr als 100 000 russische Soldaten in Tschetschenien und Umgebung und der militärische Aufmarsch geht weiter. Selbst den notorisch zu niedrigen Verlustangaben des russischen Verteidigungsministeriums zufolge wurden bereits 600 russische Soldaten getötet oder verwundet. Maschadow, ein früherer Leutnant in der sowjetischen Armee und 1994–96 ein Oberbefehlshaber der tschetschenischen Streitkräfte, gelobte: „Wir werden unser Land schützen und Russland wird vernichtet werden, wenn es einmarschiert, um es zu besetzen.“ Gleichzeitig appellierte Maschadow an Moskau, Verhandlungen aufzunehmen, während er sich im selben Augenblick um ein von den westlichen imperialistischen Mächten ausgehandeltes Abkommen bemüht, das „Friedenstruppen unter der Ägide der internationalen Gemeinschaft“ (*Kommersant*, 5. Oktober) einschließt.

Seit dem vorigen tschetschenischen Krieg haben sich die Spannungen zwischen Washington und Moskau enorm verschärft – was beim Krieg gegen Jugoslawien und bei der Aufregung der USA über die Korruption im russischen Bankensystem zum Ausdruck kam –, sowie auch das Ausmass und die Intensität des antiwestlichen russischen Nationalismus. 1994–96 unterstützten die USA im Namen der Aufrechterhaltung der „territorialen Integrität“ offen Jelzins Invasion in Tschetschenien. US-Präsident Clinton verglich groteskerweise den Zaren Boris gar mit Abraham Lincoln, der die Nordstaaten im amerikanischen Bürgerkrieg gegen die sezessionistischen Sklaventreiber der

Südstaaten angeführt hat. Heute rechnen die USA mit dem NATO-Partner Türkei, statt mit Russland, als Regionalpolizist zum Schutz ihrer Interessen in den kaukasischen Ölfeldern. Die herrschenden Kreise in den USA und auch in Westeuropa sind besorgt, dass das jüngste Tschetschenien-Abenteuer des Kremls die gesamte kaukasische Region destabilisiert.

Der diplomatische Druck aus Washington und den europäischen NATO-Hauptstädten gießt gewissermaßen noch Öl auf die Wogen der russischen nationalistischen Demagogie, die jetzt die traditionelle russische chauvinistische Unterdrückung der kaukasischen Völker mit einer scheinbar aufsässigen Haltung gegenüber der weltweiten Vorherrschaft der USA verbindet. 1994–96 wurde der Krieg gegen Tschetschenien von einer Formation von Jelzin-Gegnern unter den neuen kapitalistischen Ausbeutern Russlands scharf kritisiert, vor allem von den pro-westlichen Verfechtern der „freien Marktwirtschaft“. Aber heute marschieren die „Demokraten“ der Jabloko-Partei gewöhnlich im Gleichschritt mit der Jelzin-Bande und den schrill antiwestlichen Nationalisten der „rot-braunen Koalition“. Auf die westlichen Kritiker des Tschetschenien-Abenteuers abzielend, rief der Jabloko-Pressesprecher aus: „Es gab eine Aggression gegen Russland, und Russland beantwortet diese Aggression.“

Erwartungsgemäß in der vordersten Front der rassistischen Kampagne gegen Tschetschenien steht die so genannte „rot-braune Koalition“ in Russland, ein Block früherer stalinistischer „Patrioten“ und traditioneller slawophiler Nationalisten und Faschisten. Der prominenteste Bestandteil dieses Blocks ist Gennadi Sjuganows grotesk falsch benannte Kommunistische Partei – Russische Föderation (KPRF), eine durch und durch bürgerlich-nationalistische Partei, die großrussischen Chauvinismus feilbietet. 1996 bildete die KPRF die Speerspitze der chauvinistischen Opposition gegen das Abkommen, das damals den Tschetschenienkrieg beendete. In diesem Jahr organisierten die KPRF und ihre Verbündeten in St. Petersburg (dem früheren Leningrad) eine Demonstration unter Losungen wie „Tschetschenien – raus aus Leningrad!“ und „Säubert die Ausländer aus Peter“.

In den Chor des „Russland – eins und unteilbar“ fallen die selbst ernannten Trotzlisten von David Norths Internationalem Komitee für die Vierte Internationale (IKVI) ein. Ein Artikel von Sergej Smolin auf der russischsprachigen Website der North-Anhänger vom 3. September unter dem Titel „Russische Truppen führen erfolgreiche Militäraktion gegen islamische Separatisten in Dagestan durch“ las sich wie eine Verlautbarung des Moskauer Verteidigungsministeriums: „Die Bildung eines islamischen Staates auf dem Territorium Dagestans unter der Kontrolle bewaffneter Banditenformationen würde die gesamte Region in eine Position schwerster Isolation führen.“ Zwar stehen die North-Anhänger der russischen Invasion Tschetscheniens jetzt äußerst kritisch gegenüber, aber ihre Grundposition bleibt die gleiche: Sie weigern sich, irgendeine eindeutige Erklärung in Verteidigung von Tschetscheniens Recht auf Selbstbestimmung gegen den großrussischen Chauvinismus abzugeben.

Während der vorherigen Invasion von Tschetschenien polemisierten die North-Anhänger gegen unsere militärische Verteidigung des tschetschenischen Volkes (siehe *Hate Trotskyism, Hate the Spartacist League* Nr. 11, „David North's ‚ICFI: From Support to Capitalist Counterrevolution in the USSR to Great Russian Chauvinism“ [David Norths IKVI: Von der Unterstützung für kapitalistische Konterrevolution in der UdSSR zum großrussischen Chauvinismus], Oktober 1997). Im Namen einer Gegnerschaft zum „bürgerlichen Nationalismus“ unter unterdrückten Völkern treten diese

Ladenschluss...

Fortsetzung von Seite 8

Nettoeinkommen für ganztags arbeitende Frauen in der DDR nur 76 Prozent ihrer männlichen Kollegen (immer noch mehr als die 66 Prozent, die Frauen in Westdeutschland verdienen). Und eine Folge der stalinistischen reaktionären Ideologie, die Familie als „Keimzelle der sozialistischen Gesellschaft“ zu preisen, war, dass Frauen nach der Arbeit auch noch den Großteil der Hausarbeit zu machen hatten. Verschärft wurde diese Belastung, auch „zweite Schicht“ genannt, durch Wohnraummangel und den Mangel an vielen Konsumgütern, der zu langen Einkaufsschlangen führte.

Wir traten für die bedingungslose militärische Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gegen Konterrevolution von innen und außen sein, so wie wir heute China, Vietnam, Nordkorea und Kuba verteidigen. 1989 kämpften wir in der beginnenden politischen Revolution für ein Rotes Rätedeutschland; also dafür, die stalinistische Bürokratie im Osten zu stürzen und die Arbeiterklasse politisch an die Macht zu bringen und im Westen die imperialistische Bourgeoisie durch soziale Revolution zu stürzen und zu enteignen (siehe auch Artikel auf Seite 1).

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Die vollständige Befreiung der Frau wird erst durch die Abschaffung der kapitalistischen *Klassengesellschaft* erreicht werden. Deshalb muss der deutsche Imperialismus durch Arbeiterrevolution gestürzt werden. Wir kämpfen darum, die Arbeiterklasse von SPD und PDS zu brechen, die das Haupt-

hindernis für die Revolution in Deutschland sind, und gegen alle pseudolinken Organisationen wie den RSB, die versuchen, die Arbeiterklasse an die Sozialdemokratie zu ketten.

Die russischen Bolschewiki haben uns das vorgemacht. Nachdem die Arbeiterklasse, geführt von den Bolschewiki, im Oktober 1917 die russische Bourgeoisie zum Teufel jagte, errichtete sie einen Arbeiterstaat, der es als eine seiner dringlichsten Aufgaben sah, die Bedingungen für die Befreiung der Frau zu schaffen. Gesetze wurden eingeführt, wonach Frauen vor Gericht gleichberechtigt waren, Erbrecht erhielten, und die Ehe als ein Vertrag zwischen zwei freien und gleichen Individuen geschlossen wurde, die auf Wunsch eines Partners gelöst werden konnte. Die Abtreibung wurde legalisiert. Frauen erhielten gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Frauen konnten in Industriebereufen, Partei und Regierung arbeiten. Die junge Sowjetmacht organisierte den Kampf, Frauen in Zentralasien vom Schleier und vom islamischen Klerus zu befreien. Wenn auch eingeschränkt durch die materielle Armut des Landes, unternahmen die Bolschewiki Versuche, anstelle der Hausklaverei der Frau die Vergesellschaftung der Hausarbeit zu setzen – durch öffentliche Dienste wie Kantinen, Entbindungsanstalten, Krankenhäuser, Kindergärten oder Wäschereien.

Wir Spartakisten kämpfen für den Aufbau einer leninistischen Avantgardepartei, die ein Volkstribun aller Unterdrückten ist. Die besonderen Bedürfnisse von Frauen als besonders Unterdrückte in der kapitalistischen Gesellschaft müssen von der Arbeiterklasse im Kampf für ihre Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung auf ihr Banner geschrieben werden. Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution! ■

Scharlatane für die territoriale Integrität des *kapitalistischen* Russlands ein. Heute deklamieren die North-Leute in einem Artikel vom 21. August auf ihrer Website: „Die gleichen mächtigen zentrifugalen Kräfte, die das Ende der Sowjetunion herbeiführten, stellen jetzt die Integrität der Russischen Föderation in Frage.“ Als aber die Sowjetunion noch existierte, unterstützten die North-Leute jede konterrevolutionäre nationalistische Bewegung, die zu diesem Ende beitrug, von der polnischen Solidarność zu den von Faschisten durchgesetzten baltischen Nationalisten bis zu den CIA-gestützten afghanischen Mudschaheddin.

Die gegenwärtige Popularität, die der Krieg gegen Tschetschenien unter Russen hat, ist oberflächlich und aller Wahrscheinlichkeit nach nicht von langer Dauer, sobald ein lang andauernder Krieg und eine Besetzung zu wachsenden russischen Verlusten führen. Wie das Moskauer Büro des Komitees der Soldatenmütter meldet, rufen Hunderte Frauen aus ganz Russland an und bitten um Rat, wie sie verhindern können, dass ihre Söhne in der Armee zum Kampf in den Kaukasus geschickt werden. Die Eltern dazu drängend, „ihre Söhne vor dem Staat zu schützen“, sagte ein Mitglied des Komitees: „Wir wählen zwischen Leben und Tod“ (*Moscow Times*, 6. Oktober). Währenddessen leiden die arbeitenden Massen weiterhin unter der Peitsche der Massenarbeitslosigkeit und Verelendung, die die kapitalistische Konterrevolution gebracht hat.

Um eine proletarische Opposition gegen die kapitalistischen Räuberbarone und chauvinistischen Schlächter Russlands zu entfachen, ist eine durch bolschewistischen Internationalismus gestählte revolutionäre Arbeiterpartei notwendig. Wie wir in unserem Artikel zu Beginn des ersten Tschetschenienkrieges vor fast fünf Jahren schrieben:

„Heute stehen die Völker des Kaukasus – ein Flickenteppich ethnischer und sprachlicher Gruppen – erneut einem Rußland gegenüber, das die imperialistischen Bestrebungen verfolgt, die Reichtümer und die Grenzen

jener Region zu kontrollieren, während die lokalen nationalen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte versuchen, durch Abkommen mit konkurrierenden imperialistischen Hintermännern reich zu werden. Eine internationalistische, revolutionäre Arbeiterbewegung, die für eine demokratisch geplante, egalitäre Wirtschaft und wirkliche Gleichheit unter den Völkern dieser Region kämpft, könnte die arbeitenden Massen aller kaukasischen Völker mobilisieren, um die wütenden brudermörderischen nationalen Konflikte zu beenden. Eine wirklich kommunistische, leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei muß geschmiedet werden im harten Kampf gegen alle Varianten des Nationalismus und besonders gegen den Chauvinismus des großrussischen Unterdrückers.“ ■

Abonniert!

Workers Hammer
Zeitung der Spartacist
League/Britain

4 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe)

Europa DM 10,-

internationale
Luftpost DM 20,-

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 5 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

WORKERS HAMMER

East Timor

No imperialist intervention!
Independence now!



South African workers v
ANC capitalist government

For a black-controlled
workers government!

For a black-controlled workers government!

The Workers Hammer is a weekly newspaper of the Spartacist League, Britain. It is published in English and German. The newspaper is dedicated to the revolutionary struggle for the liberation of the working class and the establishment of a workers' government. It covers international news, class struggle, and the activities of the Spartacist League. The current issue features articles on East Timor and South African workers.



L.Y. Leonidow

1989/90: Revolution...

Fortsetzung von Seite 2

außer den Spartakisten/IKL –, unterstützten *alle* die Konterrevolution. Und das war kein Zufall: Hatten sie doch schon zuvor auf die eine oder andere Weise den Feldzug ihrer eigenen Bourgeoisien gegen die Sowjetunion unterstützt.

Wir sind die Partei der Russischen Revolution

Die Oktoberrevolution 1917, geführt von der bolschewistischen Partei Lenins und Trotzki, holte den Marxismus aus dem Bereich der Theorie in die Realität. Es war die erste siegreiche proletarische Revolution, die die Herrschaft der Bourgeoisie brach und zum Leuchtfeuer für die Arbeiter und alle Unterdrückten auf der ganzen Welt wurde. Die Revolution wurde zwar in Russland, aber weder ausschließlich für Russland noch ausschließlich von Russen gemacht. Nicht-großrussische Mitglieder der vielen unterdrückten Völker des zaristischen Reiches – Juden, Georgier, Polen, Letten – spielten eine herausragende Rolle in der Führung der mehrheitlich ethnisch russischen Arbeiterklasse. Dem Sieg der Bolschewiki lag die grundlegende marxistische Erkenntnis zu Grunde, dass der bürgerliche Staat zerschlagen werden muss und nicht reformiert werden kann. Lenin bestand in *Staat und Revolution* darauf:

„Doch von dieser kapitalistischen Demokratie – die unvermeidlich eng ist, die die Armen im stillen beiseite schiebt und daher durch und durch heuchlerisch und verlogen ist – führt die weitere Entwicklung nicht einfach, geradeswegs und glatt, zu immer größerer Demokratie, wie die liberalen Professoren und kleinbürgerlichen Opportunisten die Sache darzustellen pflegen. Nein. Die weitere Entwicklung, d.h. die Entwicklung zum Kommunismus, geht über die Diktatur des Proletariats und kann auch gar nicht anders gehen, denn außer dem Proletariat ist niemand imstande, den *Widerstand* der kapitalistischen Ausbeuter zu *brechen*, und auf anderem Wege ist er nicht zu brechen.“

Der Sieg der Oktoberrevolution wurde nur errungen durch einen harten politischen Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats gegen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Die SPD, die führende Partei der II. Internationale, stimmte am 4. August 1914 für die Kriegskredite und führte die Arbeiterklasse mit einer sozialchauvinistischen Kampagne in den mörderischen Weltkrieg gegen ihre Klassenbrüder. Lenin zog daraus die programmatische Schlussfolgerung, dass der Hauptfeind im eigenen Land steht, dass nur sozialistische Revolution den imperialistischen Krieg beenden kann. Dies wurde ausgedrückt in der Losung: den imperialistischen Krieg in den



Nowosti

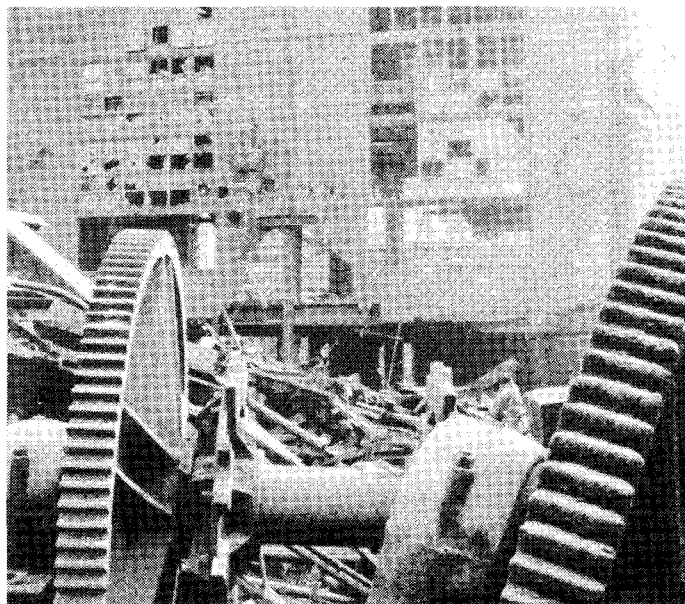
Links: Lenin, Trotzki – bolschewistische Partei war Schlüssel für Sieg der Oktoberrevolution. Soldaten demonstrieren 1917 in Moskau für den Kommunismus

Bürgerkrieg umwandeln. Lenin bezeichnete in der Folge die sozialdemokratischen Parteien – und dies gilt heute sowohl für SPD als auch für PDS – als „bürgerliche Arbeiterparteien“. Sie haben eine Arbeiterbasis, aber eine Führung mit einem bürgerlichen Programm, das die Arbeiter an den Kapitalismus kettet und so der Bourgeoisie unschätzbare Dienste leistet. Aus dem Zusammenbruch der II. Internationale erfolgte die Notwendigkeit für neue Kommunistische Parteien und eine neue Kommunistische Internationale, um die sozialistische Revolution zu führen.

Lenin und Trotzki hatten als internationalistische proletarische Revolutionäre das Verständnis, dass eine isolierte Diktatur des Proletariats im ökonomisch rückständigen Russland nicht lange überleben könnte, wenn die proletarische Revolution nicht auf die kapitalistischen Großmächte, in erster Linie auf Deutschland, ausgeweitet würde. Sozialismus kann nur international verwirklicht werden, denn er bedeutet nicht eine Vergesellschaftung des Mangels, sondern eine international geplante Wirtschaft auf Basis der am weitesten fortgeschrittenen technischen Möglichkeiten, um den Reichtum der Gesellschaft allen Menschen zugänglich zu machen. Die Bolschewiki führten den Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Internationale als unabdingbare Welpartei der sozialistischen Revolution. In Folge des Ersten Weltkriegs und inspiriert vom Beispiel der Oktoberrevolution kam es zu einer Welle proletarisch-revolutionärer Kämpfe auf der ganzen Welt, aber die noch jungen Kommunistischen Parteien waren zu schwach und politisch unreif, um diese Revolutionen zum Sieg, zur Diktatur des Proletariats zu führen. Die herausragendste Möglichkeit vergab 1923 die KPD-Führung um Brandler, Thalheimer und Ruth Fischer. In einer revolutionären Situation, als die Arbeiterklasse auf die KPD sah und Führung erwartete, wartete die KPD-Führung auf den linken Flügel der SPD – derjenigen Partei, die gerade ein paar Jahre zuvor Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet hatte – und rührte keinen Finger, um die Arbeiterklasse zur Machteroberung zu mobilisieren.

Stalinismus: „Sozialismus in einem Land“ und Totengräber der internationalen Revolution

Der Druck der imperialistischen Umzingelung, die Verwüstung der russischen Arbeiterklasse und damit einhergehend vieler bolschewistischer Kader im Bürgerkrieg sowie die anhaltende Isolierung der jungen Sowjetrepublik ermöglichten den Aufstieg einer bürokratischen Schicht unter Stalin. Stalin und Co. gaben das Programm der internationalen



Der Spiegel



ZDF

Links: Konterrevolution verwüstete Ostdeutschland. Rechts: Am 7. November 1999 ehren Schröder und Rau den ehemaligen Sowjetbürokraten Gorbatschow für Ausverkauf der DDR mit höchstem Verdienstorden

sozialistischen Revolution auf, wodurch die Dominanz des Imperialismus unumgänglich schien, und sie versuchten ihren Frieden damit zu schließen. 1923/24 gelang es den Stalinisten, in einer politischen Konterrevolution die politische Macht zu usurpieren, was den gesamten Kurs der Revolution änderte und die Kommunistische Partei als Instrument der sozialistischen Revolution politisch zerstörte. Trotzki nannte dies später den „sowjetischen Thermidor“. Die Linke Opposition unter Leo Trotzki führte einen unerbittlichen politischen Kampf gegen diese Zerstörung der Partei und der Internationale durch die bürokratische Kaste. Stalin propagierte den Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ und daraus folgend die Notwendigkeit der „friedlichen Koexistenz“ mit den Imperialisten.

Diese Politik verwandelte die Kommunistische Internationale in ein neues Hindernis für die Weltrevolution. Trotzki charakterisierte Stalin als den „Totengräber“ der revolutionären Kämpfe in anderen Ländern, von der Chinesischen Revolution 1925–27 bis zum britischen Generalstreik 1926. Die KPD ließ es ebenso wie die Sozialdemokraten zu, daß Hitler 1933 an die Macht kommen konnte, ohne einen einzigen Schuss abzufeuern. Die Trotzkiisten zogen daraus die Konsequenzen und organisierten die Vierte Internationale, die 1938 gegründet wurde. In der Spanischen Revolution Mitte der 30er-Jahre kettete die stalinistische KP durch die antirevolutionäre Volksfront-Politik die Arbeiter an ihre Ausbeuter, erwürgte so die Revolution und bereitete dem Faschismus den Weg. Diese Politik der jetzt stalinisierten Komintern war nicht nur eine grundlegende Zurückweisung des *Kommunistischen Manifests*, das aufruft „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Es war auch ein Hohn auf die ganze Tradition der Oktoberrevolution, die auf proletarischem Internationalismus basierte.

Für die bedingungslose militärische Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten

In *Verratene Revolution* (1936) analysierte Trotzki vernichtend die Degeneration der Russischen Revolution und den Doppelcharakter der stalinistischen Bürokratie, die auf den Grundlagen des vergesellschafteten Eigentums existiert, gleichzeitig aber ein Transmissionsriemen für die imperialistische Bourgeoisie ist, den Arbeiterstaat zu unterminieren. Als proletarische Revolutionäre verteidigen

Trotzkisten bedingungslos militärisch die deformierten Arbeiterstaaten. Das heißt: Wir knüpfen keine Bedingung wie etwa den vorherigen Sturz der Bürokratie an diese Verteidigung. Die Sicherung der Errungenschaften des Oktober war aber letztlich nur möglich durch eine proletarisch-politische Revolution, die die Bürokraten wegfegt und eine wirkliche Herrschaft der Arbeiterräte etabliert, und durch sozialistische Revolutionen in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern. Dies ist heute eine dringende Aufgabe in den verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten Kuba, China, Vietnam und Nordkorea, die wir gegen imperialistische Aggression und innere Konterrevolution verteidigen. Trotzki schrieb in seinem „Brief an die Arbeiter der UdSSR“ vom April 1940, kurz bevor er von einem Agenten Stalins ermordet wurde:

„Es ist die Pflicht von Revolutionären, jede Position, die die Arbeiterklasse errungen hat, bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen, sei es, daß es sich um demokratische Rechte, um das Lohnniveau handelt, oder um einen so gigantischen Menschheitssieg wie die Nationalisierung der Produktionsmittel und die Planwirtschaft. Wer nicht verteidigen kann, was bereits erobert wurde, wird nie

Fortgesetzt auf Seite 16

Die Internationale Kommunistische Liga macht die Polemiken ihrer Opponenten in der Linken zugänglich:

„Offener Brief an die SpAD und IKL“ und unsere Antwort: „Die Internationalist Group: Produkt der imperialistischen ‚Neuen Weltordnung‘“

DM 3,-
Bestellungen über
Postfach 555
10127 Berlin

Den Trotzkiern hassen, die Spartakisten hassen

— Bulletin über: Was Opponenten über die Spartakisten schreiben

Nummer 3

Die Internationalist Group (IG):
Produkt der „Tod-des-Kommunismus“-Kampagne der Bourgeoisie

Wir haben unseren Standpunkt zum Prozess der Vereinigung Deutschlands unter der Einwirkung der Ereignisse geändert, die sich in der DDR von der Natur der Dinge her lief ein Zerfall der Strukturen. Es gibt eine Gefahr – eine Gefahr der Desorganisation, der großen Desorganisation. Wenn die so wollen, liegt das am 3. Januar (Tropkow-Demonstration 1990) schon an, auch Ostdeutsche zu zerstören; sie gab Fortsetzungen zu betreiben. Einmal, sprach viel von einer Unabhängigkeit mit dem Hagime und damit.

Und genau in diesem Moment, genau dann, sagte Molotov mir, dass, gesprochen haben, die Deutschen – ihre Mehrheit – heute die Vereinigung Deutschlands sind. Nichts war ihm das schon vorher klar.

Da sagte ich (Helmut Kohl), dass wir in der sowjetischen Führung davon ausgehen, dass es das Recht der Deutschen selbst ist, zu entscheiden, in welcher Form und in welchem Zeitraum auch immer die Einheit Deutschlands stattfinden soll.

(Michail Gorbatschow beschreibt in einer Fernsehansprache am 8. November 1990, wie die stalinistische Bürokratie als die Konterrevolution gefolgt hat)

SpAD, c/o Verlag „Avantgarde“
Postfach 555, 10127 Berlin

Dezember 1999
Nr. 3
DM 3,-

1989/90: Revolution...

Fortsetzung von Seite 15

neue Eroberungen machen.“

Bei ihren Versuchen seit 1917, den ersten Arbeiterstaat der Welt zu zerstören, bekamen die Imperialisten Hilfe von allen möglichen sozialdemokratischen Lakaien und Pseudolinken. Um die Sowjetunion nicht verteidigen zu müssen, brach Max Shachtman 1939/40 mit dem Trotzismus und entwarf eine Theorie, dass in der Sowjetunion eine „neue Klasse“ herrschte. Im Kampf gegen die kleinbürgerliche Opposition von Shachtman und anderen in der amerikanischen trotzkistischen Socialist Workers Party zeigte Trotzki die Parallelen zwischen der Verteidigung einer Gewerkschaft und des degenerierten Arbeiterstaates Sowjetunion:

„Die Gewerkschaften Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und anderer Länder unterstützen voll und ganz die konterrevolutionäre Politik ihrer Bourgeoisien. Das hindert uns nicht daran, sie als Gewerkschaften zu bezeichnen, ihre fortschrittlichen Schritte zu unterstützen und sie gegen die Bourgeoisie zu verteidigen... Letzten Endes ist ein Arbeiterstaat eine Gewerkschaft, die die Macht erobert hat.“ (*Verteidigung des Marxismus*, 1939)

An allen Brennpunkten des Kalten Krieges, wenn die russische Frage sich knallhart stellte, hat die Internationale Kommunistische Liga beharrlich gegen die Restauration des Kapitalismus und für die sozialistische Weltrevolution gekämpft. 1979, beim Einmarsch der Sowjetarmee in Afghanistan, erklärten wir: „Hoch die Rote Armee! Für die Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker!“ Als Solidarność, die gelbe Gewerkschaft im Dienste der CIA, der Wall Street und der Frankfurter Bankiers, mit starker Unterstützung der SPD und der meisten Pseudolinken 1981 zur Konterrevolution in Polen aufrief und ihre Hände nach der Macht ausstreckte, demonstrierten wir unter der Parole „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!“

Die DDR: ein deformierter Arbeiterstaat

Hitler und sein Völkermordregime wurden von der Roten Armee gestoppt, die neben anderen Vernichtungs- und Konzentrationslagern Auschwitz, Treblinka und Sachsenhausen befreite. Die Zerstörung des Dritten Reichs und der Sturm auf Berlin befreiten Europa von der Geißel der Nazi-herrschaft. Der 8. Mai 1945 ist der Tag des Sieges der Roten Armee über die Nazis. Das ist die Wahrheit, die die deutsche Bourgeoisie, die Bourgeoisie von Auschwitz, verschwinden lassen möchte. Nach dem heldenhaften Sieg der Sowjetunion – trotz Stalin – war in dem vom Kreml dominierten Osteuropa das kapitalistische Eigentum enteignet und eine kollektivierte Wirtschaft errichtet worden durch eine bürokratisch von oben kontrollierte soziale Revolution; dadurch entstanden Staaten nach dem Vorbild der stalinistisch degenerierten UdSSR.

Wir verteidigten den deformierten Arbeiterstaat DDR, in dem die Kapitalisten enteignet worden waren, aber wir gaben der stalinistischen Bürokratie, die dem Arbeiterstaat aufgepfropft war und die politische Macht innehatte, keinerlei politische Unterstützung. Wir verteidigten die Mauer, als sie 1961 erbaut wurde; sie war eine bürokratische Verteidigungsmaßnahme der Stalinisten dagegen, dass die Kapitalisten die DDR durch die Abwerbung dringend benötigter Fachkräfte ausbluten wollten. Wir begrüßten es, dass in der DDR Nazimörder abgeurteilt wurden, was im scharfen Kontrast zum Westen stand, wo diese zu Amt und Würden gelangten, um das antikommunistische Bollwerk Westdeutschland aufzubauen. Andere Faschisten wurden mit Hilfe des US-Imperialismus und speziell der CIA über



Verlag Haus am Checkpoint Charlie

Juni 1953, DDR-Arbeiter fordern: Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!

die so genannte Rattenlinie aus Deutschland herausgebracht, um das Militärarsenal, besonders das Raketenprogramm, des US-Imperialismus aufzubauen oder Todeschwadronen in ganz Lateinamerika zu trainieren.

Gleichzeitig versuchte die stalinistische Kaste, Stalins nationalistische „Theorie“ des „Sozialismus in einem Land“ auf ein halbes Land anzuwenden, und berief sich auf Traditionen des preußischen Nationalismus. Jede unabhängige Regung der Arbeiterklasse wurde erstickt mit einem Polizei- und Spitzelapparat, der die ganze Gesellschaft durchdrang. Jugendliche, die nicht in die Zwangsjacke der FDJ steigen wollten, Homosexuelle und alle, die den biedereren kleinbürgerlichen Vorstellungen der stalinistischen Bürokraten nicht entsprachen, wurden oft genug in die Arme der evangelischen Kirche getrieben, einer reaktionären Institution, die eng mit der konterrevolutionären SPD verbunden war und ist.

Während die SED-Führung in ihren Sonntagsreden Internationalismus predigte, wurden Löhne an Vertragsarbeiter aus anderen Ländern nur teilweise ausgezahlt, also eine explizite Ungleichbehandlung durchgeführt. Die Vertragsarbeiter wurden abgeschirmt in separaten Wohnheimen untergebracht, die man nur nach Ausweiskontrolle betreten konnte. Vietnamesische Frauen, die in der DDR schwanger wurden, wurden zurück nach Vietnam geschickt. Während die deutsch-sowjetische Freundschaft offizielle Ideologie war, wurde jede Fraternisierung zwischen der Bevölkerung und sowjetischen Soldaten von den nationalistischen DDR-Bürokraten sehr ungern gesehen. Ein Stachel im Fleisch war ihnen aber auch die Erinnerung an den 17. Juni 1953, als sich die Arbeiter in der DDR zu einer beginnenden proletarisch-politischen Revolution gegen die Bürokratie erhoben. Die russische Armee wurde geschickt, um den Aufstand niederzuschlagen, dabei kam es auch zu Beispielen von Verbrüderungen zwischen Sowjetsoldaten und DDR-Arbeitern.

Aber dennoch bedeuteten das vergesellschaftete Eigentum und die geplante Wirtschaft der DDR enorme Errungenschaften für die Arbeiter: Vollbeschäftigung, kostenlose qualifizierte Krankenversorgung, eine kostenlose hochwertige Ausbildung und ein hohes Niveau an sozialen Leistungen, was besonders an der Situation der Frauen zu sehen war. Zwar bejubelte die stalinistische Ideologie die reaktionäre Institution der bürgerlichen Kleinfamilie, eine der Hauptinstitutionen für die Unterdrückung der Frau, als die „Keimzelle des Sozialismus“. Doch die Mehrheit der Frauen



Fotos: Spartakist

Berlin, 4. November 1989: Prosozialistische Losungen auf Demo, Ausdruck von beginnender proletarisch-politischer Revolution

der DDR ging arbeiten, und zwar in qualifizierten Berufen, was durch Kindergärten und -horte ermöglicht wurde und ihnen ökonomische Unabhängigkeit gab. Dies ist ein schreiender Unterschied zur Situation der Frauen nach der Konterrevolution, durch die sie in die massenhafte Arbeitslosigkeit getrieben wurden – bestenfalls mit der Aussicht auf die schlechtbezahltesten Jobs oder zurück zu Kinder, Küche, Kirche.

Revolutionäres Programm und revolutionäre Führung

Als Honecker Anfang Oktober 1989 Schritte unternahm, um gegen die wachsenden oppositionellen Proteste vorzugehen, wurde er von seinen Genossen abgesetzt, unterstützt durch Gorbatschow. Nach Honeckers Sturz löste sich die stalinistische Ordnung rapide auf. Der Impuls der ostdeutschen Massen war *nicht* für Wiedervereinigung mit den Frankfurter Bankiers, sondern richtete sich vielmehr darauf, eine anständige sozialistische Gesellschaft aufzubauen auf der Grundlage der verstaatlichten Wirtschaft der DDR. Die Bewegung war recht heterogen, so wurde bei den Leipziger Montagsdemonstrationen im Oktober/November Gorbatschow gefeiert und gleichzeitig die Internationale gesungen. Am 4. November in Berlin gab es Banner mit Lenin-Zitaten und der Forderung nach einer neuen kommunistischen Partei. Andere Banner erhoben die Forderung nach einem Rätedeutschland oder waren „Gegen Privilegien – für kommunistische Ideale“: Losungen, die sich deutlich mit einer sozialistischen Perspektive gegen die stalinistische Bürokratie wandten, die den Arbeiterstaat untergrub. Aber es gab auch Forderungen, die eine konterrevolutionäre, kapitalistische Perspektive ausdrückten, wie die SPD-Losung nach „freien Wahlen“, der parlamentarische Ausdruck einer anderen Klassenherrschaft. Wie Karl Marx sehr treffend diese *bürgerliche* Demokratie beschrieb: „Den Unterdrückten wird in mehreren Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse sie im Parlament ver- und zertreten soll!“ Auch die SPD-Losung einer „sozialen Marktwirtschaft“ war und ist eine Lüge. Es kann keine Marktwirtschaft geben, die sich um das Wohl der Arbeiter kümmert,



die ausgebeutet werden für die Profite der Kapitalisten.

Wir intervenierten in dieser Bewegung mit unserem kommunistischen Programm für ein Rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa, um die Führung für die proletarisch-politische Revolution und die Errichtung von Arbeiterräten zu geben. In einer vorrevolutionären oder revolutionären Situation wie dieser wird besonders deutlich, dass unsere Macht unser Programm ist, dessen Auswirkung sich vervielfältigt und beschleunigt.

Genossen der IKL berichteten von einer ersten Fahrt zu einer Demonstration in Leipzig:

„Innerhalb von 20 Minuten hatten wir alles ausverkauft: ungefähr 160 Broschüren gegen ‚Marktsozialismus‘ und etwa 20 *Spartakist*. Innerhalb einer Stunde verteilten wir 12 000 Flugblätter ... Wir konnten nichts tun außer Geld einsammeln, die Zeitungen aushändigen, versuchen, etwas Platz zum Atmen zu behalten. Ich traf [einen Unterstützer] am Rande der Demo: ‚Ich gehe da nicht wieder rein, die zerreißen dich, um das Flugblatt zu bekommen.‘ Leute kamen zurück und wollten mehr ‚für meine Freunde‘, ‚für meine Kollegen‘.“

Wie wir im Dokument unserer Zweiten Internationalen Delegiertenkonferenz (*Spartacist* [deutsche Ausgabe] Nr. 15, Frühjahr 1993) schrieben: „Unsere Intervention hatte eine Auswirkung auf die politische Situation in der DDR, die unsere eigenen relativ geringen Kräfte um Größenordnungen überstieg.“ „Die Spartakisten“ waren ein Begriff unter Arbeitern, die gegen die kapitalistische Konterrevolution kämpfen wollten. In der fast täglich erscheinenden *Arbeiterpressekorrespondenz* unserer Partei, die reißenden Absatz fand, riefen wir zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten auf. Wir diskutierten mit Führern von Betriebskampfgruppen und arbeiteten mit ihnen zusammen bei der Produktion von Flugblättern, die zum Kampf gegen

Fortgesetzt auf Seite 18

Spartakist

Preis: 0,05 M.

SPARTAKIST

Nr. 3 ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ 7. DEZ. 1989

Kein Ausverkauf der DDR! Arbeiter- und Soldatenräte, jetzt!

Die DDR ist in Gefahr. Westdeutsche Revanchisten und ihre SPD/BRD-Handlanger wollen die DDR verschlingen. Aber die ostdeutschen Arbeiter und Volksmassen sind nicht gewillt, eine kapitalistische Wiedervereinigung zu erlauben. Kaputtgedienten SED-Führung ihren Nachbarn die DDR überlassen hat und dann abvölligen Bankrott beweisen hat und dann abgetreten ist, wurde der bürgerliche Politiker Gerhard zum Staatsratsvorsitzenden ernannt. Er ist ein trojanisches Pferd für diejenigen die eine deutsche Bank-Republik wollen. Doch jetzt der deutsche Bank-Republik bleibt die Währungsreform. Um die sozialen Erzeugnisse beizubehalten, um die Macht in der DDR zu verankern, um die Arbeiter- und Soldatenräte zu zerstören, gibt es, jetzt Arbeiter- und Soldatenräte aufzubauen. Jetzt ist die alte "Führung" entweder unter Hausarrest oder auf der Flucht. Der ewig grüne Kronrat ist in sicherer Entfernung zurücksendend. Tausende Bürger sind zurecht über die bürokratische Wut, die sie um die Arbeiter- und Soldatenräte. Doch dies sind die Arbeiter- und Soldatenräte, die die Arbeiter- und Soldatenräte in der DDR aufbauen.

werden können, dann kann Gerechtigkeit erteilt werden. Alle behaupten, Antifaschisten zu sein. Doch eine Menge von denen, die gegen "Korruption" schreiben, tun dies in schwarz-rot-goldenen Farben. In Leipzig riefen einige Demonstranten die die BRD-Fahne schwenkten - "Rote raus aus rassistisches Scheinland" und "Deutschland ein Vaterland". Sie verachteten, einen Lynchmob aufzulassen, der sich gegen alle SED-Mitglieder und anständigen Militanten richten würde. Alle Klassenbewussten Arbeiter und Soldaten müssen gegen solche gewalttätigen Provokationen sehr der Hut sein. Während bei den SED-Spitzen sehr viele einfache SED-Mitglieder unter der roten Fahne kämpfen. Und viele Demonstranten in Leipzig schrien die revanchistischen Losungen nieder und riefen "Nie wieder Deutschland erwache". Sie gaben hier starke antifaschistische Gefühle auf der Zerstörung der Nazis durch die Arbeiter- und Soldatenräte. Wiederaufbau des Arbeiter- und Soldatenräte.



Treptow, 3. Januar 1990, Spartakistin ruft auf: „Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!“ Kapitalisten und ihre SPD-Leutnants fürchteten ebenso wie PDS proletarisch-politische Revolution

1989/90: Revolution...

Fortsetzung von Seite 17

den Verkauf ihrer Fabrik an die Kapitalisten aufriefen.

Unsere Zeitung wurde in den Einheiten der Nationalen Volksarmee breit diskutiert und führte zur Bildung von Soldatenräten, woraufhin die Stalinisten panisch gerade diese Einheiten auflösten. Wir forderten volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter und veröffentlichten als Ausdruck unseres internationalistischen Programms Grüße an kubanische, mosambikanische, vietnamesische, polnische Arbeiter in der jeweiligen Sprache, um diese Arbeiter für den gemeinsamen Kampf für den Sozialismus zu gewinnen. Wir verbreiteten unsere Presse unter sowjetischen Soldaten und Offizieren mit dem Ziel, das trotzkistische Programm zurück ins Land der Oktoberrevolution zu tragen: die Verteidigung der Oktobererrungenschaften und die proletarisch-politische Revolution. Dies fand solche Resonanz, dass wir in die Kasernen eingeladen wurden und Veranstaltungen abhielten. Dies war der Weg, die revolutionäre Partei als den Volktribun aller Unterdrückten zu schmieden und insbesondere die revolutionäre Einheit der sowjetischen, polnischen und deutschen Arbeiter herzustellen im gemeinsamen Kampf gegen die drohende Konterrevolution.

Die Einheitsfront in Treptow

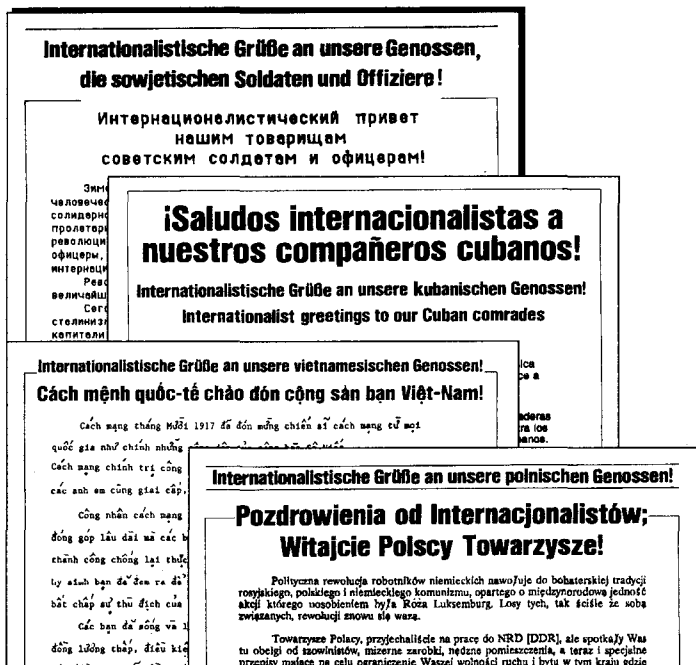
Die Massendemonstration im Treptower Park am 3. Januar 1990 zeigte am klarsten die Macht unseres Programms und die revolutionären Möglichkeiten dieser Periode: eine prosowjetische Einheitsfrontaktion von einer Viertelmillion Arbeiter und Soldaten gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals. Nachdem wir, die Trotzkistische Liga Deutschlands und die neu gegründeten ostdeutschen Spartakistgruppen, die beiden Vorläuferorganisationen der SpAD, diese Demonstration initiiert hatten, wurde sie von der SED-PDS aufgegriffen. Zum ersten Mal, seit Trotzki aus der Sowjetunion ausgewiesen und die Linke Opposition zerschlagen worden war, konnten Trotzkisten zu einer Massenzuhörerschaft in einem deformierten Arbeiterstaat sprechen.

Nach der Devise der Einheitsfront, „getrennt marschieren, vereint schlagen“, stellten wir in dieser gemeinsamen Aktion unser revolutionäres Programm der Politik der existierenden SED-PDS-Führung entgegen. Soldaten der NVA aus Beelitz, die einen Soldatenrat gebildet hatten, machten sich unter unserer Führung auf, ein paar Naziprovokateure zu erwischen, die gesichtet worden waren; aber diese hatten schnell wieder das Weite gesucht. Später versuchte ein De-

legierter eines Soldatenrates zu sprechen, nachdem er unseren Aufruf zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten gehört hatte. Die Stalinisten verwehrten ihm bürokratisch sein Recht. Vom Podium aus warnte die TLD-Sprecherin Renate Dahlhaus: Der „BRD-Imperialismus, [der] Hilfe bekommt von der SPD, kann diese politische Revolution in eine soziale Konterrevolution verändern“, und argumentierte: „Die Diktatur der SED-Partei hat gezeigt, dass sie untauglich ist, dagegen anzugehen.“ Sie rief dazu auf, eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, forderte „Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!“ und rief auf zu einem Roten Rätendeutschland in einem sozialistischen Europa.

Während die Sozialdemokraten offen die kapitalistische Konterrevolution förderten, gab es unter den Arbeitern der DDR weiterhin Illusionen, die SED würde irgendwie die DDR oder zumindest Arbeiterinteressen gegenüber den Kapitalisten verteidigen. Als Teil unseres Bestrebens, eine Einheitsfront zustande zu bringen, wollten wir die Rolle der SED vor den arbeitenden Massen bloßlegen. Tatsächlich kam es zu einer klassischen „Einheitsfront von oben“ genau deshalb, weil die SED-Bürokraten mit Erschrecken merkten, dass unsere trotzkistische Propaganda Resonanz bei der Arbeiterklasse besonders in Berliner Betrieben fand. Wie Bisky – damals im Vorstand der SED-PDS, heute PDS-Vorsitzender – uns damals in der Parteizentrale sagte, ging die SED-PDS-Führung davon aus, dass wir Spartakisten die Betriebe bereits erobert hätten. Unsere treffende Charakterisierung der SPD als trojanisches Pferd der Konterrevolution, für die wir im ganzen Land bekannt geworden sind, führte bei den stalinistischen Schreihälsen, die direkt vor dem Podium in Treptow postiert worden waren, zu lauten Protesten. Die SED-PDS war weit mit ihren Plänen für einen Ausverkauf der vergesellschafteten Betriebe fortgeschritten und suchte eine politische Übereinkunft mit der SPD. Durch unsere Taktik der Einheitsfront kam es in Treptow zu einer *Verschärfung* des politischen Kampfes um die Führung der Ostberliner Arbeiter und Soldaten zwischen der trotzkistischen IKL und der stalinistischen SED-PDS-Führung.

Treptow war der Wendepunkt. Die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Lakaien, aufgeschreckt durch diese machtvolle proletarische Demonstration, schalteten ihre konterrevolutionäre Kampagne in den höchsten Gang und verstärkten ihren Druck auf die SED-PDS. Beim „Runden Tisch“ – einer Art konterrevolutionäres Vorparlament der DDR – wurde der SED-PDS wütend vorgeworfen: Wie könnt ihr behaupten, ihr wollt eine freundliche „Kooperation“ mit der BRD, wenn ihr gemeinsam mit Trotzkisten



In unserer 1989/90 fast täglich erscheinenden Zeitung *Arprekorr* druckten wir Grüße auf Russisch, Spanisch, Vietnamesisch und Polnisch, gerichtet an Vertragsarbeiter und sowjetische Soldaten

demonstriert, die ganz offensichtlich Revolution und die Macht der Arbeiter bedeuten?

Die stalinistischen Bürokraten, tödlich erschrocken durch das Gespenst der proletarischen politischen Revolution – das ihnen seit dem Arbeiteraufstand vom Juni 1953 nur zu bekannt war und das sie zu Recht hinter dieser kämpferischen proletarischen Kundgebung aufsteigen sahen –, distanzieren sich eilends von Treptow.

SED-PDS-Stalinisten führten die Konterrevolution in der DDR

Die SED-PDS änderte jetzt ihr Tempo und begann mit atemberaubender Geschwindigkeit, *offen* die Konterrevolution voranzutreiben. Schon nach den ersten Anfängen der politischen Revolution 1989 hatten die SED-Bürokraten die Betriebskampfgruppen aufgelöst als einen potentiellen Brennpunkt für die unabhängige Mobilisierung proletarischer Macht. Sie ließen die Kapitalisten in die DDR, um so genannte Joint Ventures zu bilden. Das war das Programm für die Privatisierung der verstaatlichten Industrie, das insbesondere von Christa Luft (PDS) vorangetrieben wurde. Als Arbeiter des Narva-Werkes in Berlin im Dezember 1989 zu uns kamen, um zu diskutieren, wie der Ausverkauf ihres Werkes an die Kapitalisten zu verhindern sei, druckten wir ihre Erklärung in unserer *Arprekorr* ab und riefen die Arbeiter zum Kampf gegen den Ausverkauf ihrer Betriebe auf. Die PDS erklärte, sie wolle „Chaos“ vermeiden – ihr Codewort für die politische Revolution –, und erklärte die Marktwirtschaft, d.h. Kapitalismus, als überlegen gegenüber der Planwirtschaft. Kurz darauf skandierten Gorbatschow und Modrow: „Deutschland, einig Vaterland“.

Aber hören wir doch aus berufenem Munde, was Gorbatschow höchstpersönlich über den 3. Januar 1990, den Tag der Demonstration in Treptow, zu sagen hat. Er plauderte in einer Diskussionsrunde im deutschen Fernsehen (übertragen von Phoenix) am 8. November 1999:

„Wir haben unseren Standpunkt zum Prozess der Vereinigung Deutschlands unter der Einwirkung der Ereignisse geändert, die sich in der DDR entwickelten. Und eine besonders kritische Situation ergab sich im Januar. Von der Natur der Dinge her lief ein Zerfall der Struk-

turen. Es gab eine Gefahr – eine Gefahr der Desorganisation, der großen Destabilisierung. Wenn Sie so wollen, fing das am 3. Januar an, und weiter fast jeden Tag – mächtiger Aufruhr, irgendwo fingen sie schon an, auch Gebäude zu zerstören; es gab Forderungen, zu bestrafen, zu richten, hinauszuerwerfen und so weiter. Das heißt, abgesehen von der Einheit, sprach viel von einer Unzufriedenheit mit dem Regime und damit, wie es sich gebärdete.

Und genau in diesem Moment, genau dann, sagte Modrow mir, ... dass, wenn wir bisher über eine vertragsgebundene Union zweier Staaten gesprochen haben, die Deutschen – ihre Mehrheit – heute für die Vereinigung Deutschlands sind. Natürlich war ihm das schon früher klar. Und wir mussten das alles sehen. Das war wie – wissen Sie – wie glühende Lava; der Strom lief, und wir mussten das aus dem Strom herausformen, was für uns notwendig war...

Und Helmut Kohl, als er zu mir fuhr ... Da sagte ich ihm, dass wir in der sowjetischen Führung davon ausgehen, dass es das Recht der Deutschen selbst ist, zu entscheiden, in welcher Form und in welchem Zeitraum auch immer die Einheit Deutschlands stattfinden soll. “ (unsere Übersetzung)

Gorbatschow hatte schon Ende der 80er-Jahre mit dem sowjetischen Truppenabzug aus Afghanistan den Imperialisten signalisiert, dass die Sowjetunion unter seiner Führung dem Druck des Imperialismus weichen werde. Sein „500-Tage“-Plan sah die Zerstörung der Planwirtschaft vor und damit die kapitalistische Restauration. 1990 begann er mit dem Rückzug aus der DDR und gab grünes Licht für die kapitalistische Wiedervereinigung. Noch im März beeilte sich die PDS-Mehrheit in der Volkskammer, die Barrieren gegen die Mehrheitsbeteiligungen von westdeutschem Kapital an DDR-Betrieben wegzuräumen und damit der Bourgeoisie von Auschwitz die Türen zur DDR vollständig zu öffnen.

Am 29. Dezember 1989 druckte das *Neue Deutschland*, Zentralorgan der SED-PDS, eine Polemik gegen die Spartakisten unter dem Titel „Über rote Seifenblasen und die Wirklichkeit“ von Dr. Klaus Steiniger. Dieser polemisierte damals gegen uns als „Exporteure der Revolution“, gegen „pseudorevolutionären Voluntarismus, der ... weder das reale Kräfteverhältnis noch die strategischen Möglichkeiten in Rechnung stellt“. Wir antworteten: „Die Bedingungen in der DDR sind ausgesprochen reif für die Zurückweisung des Stalinismus und die Einführung von tiefgreifender Arbeiterdemokratie. Dies heißt auch, den *Export der Konterrevolution* aus dem Westen zu stoppen“ („Ja, Revolution ist real und ‚Klassenfriede‘ utopisch!“, *Spartakist* Nr. 66, 3. Januar 1990). Die „Politik des Machbaren“ der SED-PDS führte geradewegs ins Vierte Reich. Und es ist bezeichnend, wo Steiniger selbst landete: Neun Jahre später verteidigte er auf den Seiten der DKP-Zeitung *unsere zeit* vom 11. Dezember 1998 die „rot“-braune Koalition in Moskau und führte ekelhafte antisemitische Tiraden darüber, wie Russland von einer „Zionistenmafia“ regiert werde.

Doch nicht nur die verrotteten Bürokraten, die die DDR selbst ausverkauften, sollten uns des mangelnden „Realismus“ anklagen. Ein Unterstützer der Internationalist Group (IG), einer Gruppe demoralisierter Ex-Mitglieder, tauchte Anfang 1999 in Deutschland auf mit einem „Offenen Brief an die SpAD und IKL“. Er zitierte aus dem Dokument unserer Zweiten Internationalen Konferenz:

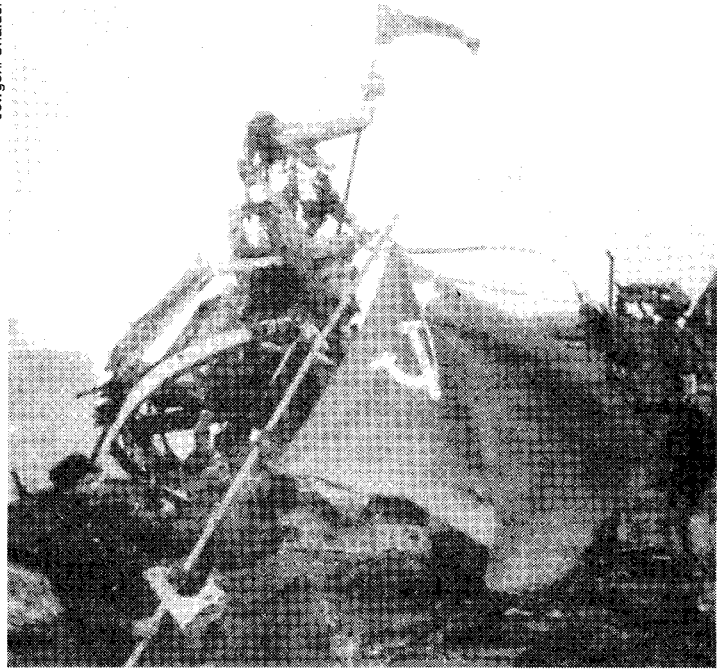
„Aber wir waren nicht in der Lage, zu einem wirkungsvollen, allgemein verankerten Organisationskern für einen unmittelbaren Kampf gegen die Konterrevolution zu werden und als solcher gesehen zu werden“ (*Spartacist Fortgesetzt auf Seite 20*)



Jewgeni Chaldei

Spartakist

8. Mai 1991 – Spartakist-Veranstaltung in sowjetischer Kaserne am Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Rechts: Rotarmisten auf Brandenburger Tor 1945



1989/90: Revolution...

Fortsetzung von Seite 19

[deutsche Ausgabe] Nr. 15, Frühjahr 1993, S. 20). Wenn die IKL nicht einmal ein ‚Organisationskern‘ war, in welchem Sinn wäre sie dann die ‚revolutionäre Führung‘ – wenn wir diese im Sinn einer wirklichen leninistischen Partei und nicht der Metaphysik der IKL betrachten?“

Hier spricht der Herr „Realpolitiker“: Dass es nicht zu einem „unmittelbaren Kampf gegen die Konterrevolution“ kam – das heißt zu einem bewaffneten proletarischen Aufstand zum Sturz der stalinistischen Bürokratie mit dem Ziel, die Konterrevolution zurückzuschlagen und dies zu einer sozialen Revolution im Westen auszuweiten –, sei der Beweis, dass wir nicht die revolutionäre Führung waren, dass unsere Partei und unser Programm angeblich nicht funktionieren (siehe die Broschüre *Den Trotzismus hassen, die Spartakisten hassen* Nr. 3, Dezember 1999, in der der „Offene Brief“ und die Antwort der IKL abgedruckt sind).

Trotzki bemerkte in *Die Lehren des Oktobers*, wenn die Russische Revolution nicht gesiegt hätte, hätten danach „die offiziösen Geschichtsschreiber ... die Geschehnisse im Oktober 1917 als Wahnsinn dargestellt“, um zu „beweisen“, dass eine Revolution niemals möglich war. Genau das passierte unmittelbar nach der Konterrevolution in der DDR, unterstützt von der gesamten „Linken“, die im Fahrwasser der Sozialdemokratie oder der Stalinisten die Konterrevolution aktiv unterstützt hatten.

Spartakist-Wahlkampagne: Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!

In die Wahlen zur Volkskammer, die eilends vom Mai auf den März 1990 vorverlegt worden waren, intervenierten wir Spartakisten mit der zentralen Losung: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands!“ Wir schrieben: „Dies ist die dringende Frage, die sich in dieser Wahlkampagne stellt. Wir rufen alle diejenigen, die angeben, in Verteidigung der Interessen der Werktätigen der DDR zu stehen, dazu auf, jetzt und schriftlich ihre Position zu dieser Frage zu erklären. Die Werktätigen müssen ebenfalls verlangen, daß alle Kandidaten hierzu Stellung nehmen. Das Programm der Spartakisten ist die weitsichtigste und konsequenteste Verteidigung unseres Arbeiterstaats: Wählt die Kandidaten der SpAD bei den Wahlen am 18. März. Wo die SpAD keine Kandidaten

aufstellen kann, rufen wir unsere Anhänger dazu auf, für solche Parteien und Gruppen zu stimmen, die klar gegen kapitalistische Wiedervereinigung stehen.“

Aber es erwies sich klar: Niemand außer der SpAD stellte sich gegen die kapitalistische Wiedervereinigung!

Die PDS trat mit „Deutschland-einig-Vaterland“-Modrow als Spitzenkandidaten an. Um gegenüber ihrer unzufriedenen Basis ihr Gesicht noch ein bisschen zu wahren, erhob sie Forderungen wie: „Für eine souveräne DDR im Prozess der Vereinigung“. Die neu gegründete KPD trat ein „Für die Einigkeit der deutschen Nation“ und „Für staatliche Eigenständigkeit im Prozess der Einigung“. Die „Nelken“, eine Abspaltung der SED, listeten ganz „demokratisch“ Pro und Kontra der Konterrevolution auf – und waren dafür. Für die Vereinigte Linke sagte Jutta Braband, Gorbatschows Geschwätz von einem „europäischen Haus“ widerspiegelnd: „Gut wenn sie [die Wiedervereinigung] im europäischen Rahmen und schrittweise, also über einen Staatenbund realisiert wird.“ Alle diese Gruppen knüpften in ihrer Propaganda an dem verzerrten Bewusstsein an, das die stalinistische Bürokratie jahrzehntelang den Arbeitern eingebläut hatte, das sich vor allem gegen jede unabhängige Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse richtete. Das Geschwafel von „friedlicher Koexistenz“, von neutraler „Vereinigung“ leugnete, dass die beiden deutschen Staaten durch eine *Klassenlinie* getrennt waren. Eine Wiedervereinigung konnte nur durch eine Revolution oder eine Konterrevolution zustande kommen. Die zynische PDS-Parole „Wir sind ein Volk – 1:1“ sollte den Werktätigen in der DDR sagen: Glaubt uns, die Konterrevolution ist unvermeidlich, aber wir werden euch einen guten Umtauschkurs verschaffen. Die verrottete stalinistische Bürokratie der DDR hat aktiv die Konterrevolution geführt!

Die Pseudolinke unterstützte die Konterrevolution

Wie wir schon ausführten, hängt die Unterstützung der Pseudolinken für die Konterrevolution 1989/90 direkt damit zusammen, dass sie in der russischen Frage auf der Seite ihrer jeweils eigenen Bourgeoisie standen. Die in Britannien basierte Tendenz von Tony Cliff etwa – in Deutschland heute durch die sozialdemokratischen Gruppen Linksruck und ISO vertreten – brach 1950 mit dem Trotzismus. Cliff verriet die trotzkistische Position der bedingungslosen militärischen Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten China

und Nordkorea gegen die imperialistische Aggression, die unter dem Mantel einer multinationalen UN-Polizeiaktion geführt wurde. Cliffs „Theorie“ war es, dass die Sowjetunion „staatskapitalistisch“ sei. Diese „Theorie“ aber diente nur als Abdeckung, um den Truppeneinsatz des eigenen (britischen) Imperialismus, verwaltet von einer Labour-Regierung, zu rechtfertigen: „Diese Theorie ist deshalb so wichtig, weil sie eine vollständige Ablehnung des Ostblocks ermöglicht, ohne den revolutionären Marxismus über Bord zu werfen“ (*Linksruck*, 5. November 1999).

Tony Cliff behauptete in seinem Artikel „The Test of Time“ (*Socialist Review*, Juli/August 1998):

„Wäre Russland ein sozialistisches Land oder das stalinistische Regime ein Arbeiterstaat gewesen, wenn auch degeneriert oder deformiert, dann hätte der Zusammenbruch des Stalinismus bedeutet, dass eine Konterrevolution stattgefunden hätte. Unter solchen Umständen hätten Arbeiter einen Arbeiterstaat in derselben Weise verteidigt, wie Arbeiter immer ihre Gewerkschaften verteidigen, egal wie rechts und bürokratisch sie sein mögen, gegen diejenigen, die die Gewerkschaft insgesamt vernichten wollen.“

Die Arbeiter, die genau das tun wollten, kamen 1989/90 zu uns. Sie kamen aus Ostberliner Betrieben, aus Dresden, Rostock und sonst woher, um zu erfahren, wie man Arbeiterräte aufbaut, wie sie den Ausverkauf ihrer Betriebe an die Kapitalisten verhindern können. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten von Linksruck verstanden sie, was es heißt, dass die Bourgeoisie in der DDR enteignet war, und suchten einen Weg, die Errungenschaften der DDR zu verteidigen. Bei den Diskussionen, die wir mit diesen Arbeitern hatten, waren die Haupthindernisse, die einem Verständnis unseres revolutionären Programms entgegenstanden, die Illusionen in ihre alte Führung, die SED-PDS.

Im Gegensatz zur kapitalistischen Produktionsweise kann eine geplante vergesellschaftete Wirtschaft nur bewusst aufgebaut werden.

„Deshalb hängt die Erhaltung der proletarischen Macht hauptsächlich von *Bewußtsein* und *Organisation* ab und von der Verbindung der Avantgarde mit den bewußtesten Schichten der Masse. So hängt die Fähigkeit eines Arbeiterstaats, sich zu verteidigen, in hohem Maße vom politischen Charakter seiner zentralen Kader ab“ („Für marxistische Klarheit und eine vorwärts gerichtete Perspektive“, *Spartacist* [deutsche Ausgabe] Nr. 16, Herbst 1994).

Die herrschenden zentralen Kader, die verräterischen Bürokraten, zu stürzen, um eine Räteherrschaft zu errichten, das war der Kampf der Spartakisten. Dieses Programm trugen wir als leninistische Avantgardepartei in die Arbeiterklasse hinein. Gruppen wie Linksruck aber wollten im Namen des „Antistalinismus“ die existierende Staatsmacht stürzen, um sie dann den Kapitalisten auszuliefern. Wie sie damals das Programm der SPD vertraten, so tun sie das auch heute. Linksruck rief bei den Bundestagswahlen 1998 zur Wahl der SPD auf. Heute, wo die SPD-Regierung nicht mehr so populär ist, hängen sie sich an die jetzt sozialdemokratische PDS und sagen im Chor mit Oskar Lafontaine: „Das Herz schlägt links – Schluss mit Schröders CDU-Politik“.

Die zentristische Gruppe Workers Power, in Deutschland Gruppe Arbeitermacht (GAM), gierte 1990 in der DDR nach Blut. Sie riefen dazu auf, „die stalinistischen Parasiten und Spione zur Strecke zu bringen“, und jubelten: „Kurz nach der [Treptower] SED-Kundgebung ... versuchte

Wir sind
ein
Volk

1:1 PDS

**Volkskammerwahl März 1990
stellte die Frage: Revolution
vs. Konterrevolution. Nur die
Spartakisten sagten: Nein
zur kapitalistischen Wieder-
vereinigung! „Deutschland-
einig-Vaterland“-PDS führte
Konterrevolution**

Wählt
SPARTAKIST

**Nein zur kapitalistischen
Wiedervereinigung!**

Für Stille und Konterrevolution – Stille die
Arbeiterklasse gegen alle Parteien der
Konterrevolution. In diese Kampf-
parole einmündige Arbeiter, die revolutionäre
Kämpfer, im neuen revolutionären
Kampf.

Kampf um Diners Anrecht! Für die Macht auf Arbeit
für den Kampf um einen proletarischen Staat mit
einer sozialistischen Revolution.

Für eine sozialistische Revolution – eine
sozialistische Revolution.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

Für einen demokratischen Staat – einen
demokratischen Staat.

die SED-Regierung, die Sicherheitspolizei (Stasi) wieder aufzubauen, wurde aber durch Massenmobilisierungen und durch die Stürmung von Stasigebäuden daran gehindert. Für Revolutionäre ist dies genau der Stoff, aus dem die Revolution gemacht wird“ (*Workers Power*, März 1990). Die Rede ist hier vom Sturm auf das Stasi-Hauptquartier am 16. Januar 1990 durch einen Mob mit einem harten Kern faschistischer Skinheads und schwarz-rot-goldenen „Deutschland-einig-Vaterland“-Fahnen. Dies ist der Stoff, aus dem die Konterrevolution gemacht wurde, die sie bis heute feiern:

„Wir hatten Recht, die gewalttätigen Aktionen zu verteidigen, die unternommen wurden, um die Geheimdienste zu zerstören, die stalinistischen Parteiapparate zu zerschlagen und die Freiheit, sich zu organisieren, zu versammeln und zu drucken, was immer ihre Herrscher nicht lesen wollten, zu etablieren.“ (*Workers Power*, November 1999)

Im April 1990 forderte die GAM im Chor mit den Imperialisten den sofortigen Abzug der sowjetischen Armee aus der DDR und Osteuropa. Das bedeutete, den Weg frei zu machen für die Konsolidierung eines wieder vereinigten kapitalistischen Deutschlands durch Bundeswehr und NATO, und eine weitere Gefährdung der Existenz der Sowjetunion. Im August 1991 standen sie buchstäblich gemeinsam mit Popen, Antisemiten, Yuppies, anderen Pseudolinken und dem Abschaum Russlands auf Jelzins Barrikaden, deren Folge die Zerstörung des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion war.

Die heutigen Tiraden von Workers Power scheinen direkt aus dem Lehrbuch der Bourgeoisie über den „Tod des Kommunismus“ entsprungen zu sein:

„Sein ökonomischer und politischer Zusammenbruch [des Stalinismus] war unvermeidlich. In der Tat war er längst überfällig.

Um eine von Trotzki's Metaphern anzupassen – er war nicht nur reif, er begann schon zu faulen. Dass er in den letzten Jahrzehnten nicht schon auf den Müllhaufen geworfen wurde, vergiftete die Situation zusätzlich. Die Marktwirtschaft schien das einzige lebensfähige ökonomische System zu sein und die bürgerliche Demokratie mit ihren Freiheiten und Menschenrechten schien der Stasi oder Securitate unendlich vorzuziehen zu sein.“ (*Workers Power*, November 1999)

1990 proklamierte Workers Power: „Nieder mit Stalinismus! Nieder mit Kapitalismus!“ Nach der Logik dieser

Fortgesetzt auf Seite 22



kein Bildnachweis

Februar 1999: Bundeswehrosoldaten bei Reise des SPD-Kriegsministers nach Auschwitz; am Ort der größten Verbrechen des deutschen Imperialismus rechtfertigt Scharping Balkankrieg des Vierten Reichs

1989/90: Revolution...

Fortsetzung von Seite 21

„Dritten-Lager“-Position macht es keinen Unterschied, dass die Parteien des Vierten Reichs jetzt in Ostdeutschland an der Regierung sind. Da in Deutschland aber die GAM der sozialdemokratisch wieder geborenen exstalinistischen PDS hinterherläuft, deren Unterstützer überwiegend in den verwüsteten Gebieten der Ex-DDR leben, fügt die GAM heuchlerisch den damaligen und heutigen Tiraden von Workers Power hinzu:

„... so klar ist ihnen [Revolutionären] aber auch, daß die Restauration des Kapitalismus in der DDR historisch ein Schritt rückwärts und eine schwere Niederlage für das (gesamt)deutsche und internationale Proletariat war.“
(*Arbeitermacht*, November 1999)

Der sozialdemokratische Antikommunismus der GAM zeigte sich, als wir auf ihrer Veranstaltung am 12. November in Berlin intervenierten. Als der Ex-DDR-Oppositionelle und Zögling Ernest Mandels, Peter Feist, tief in das „Rot-gleich-braun“-Arsenal vom *Schwarzbuch des Kommunismus* griff und die Betriebskampfgruppen, die Fabrik-Milizen der DDR, mit Hitlers SA-Mördertruppen

gleichsetzte, war es nur unser Sprecher, der gegen diese Ungeheuerlichkeit protestierte. Die GAM schwieg. Nach der Veranstaltung solidarisierte sie sich mit Feist.

Ihre Unterstützung jeder konterrevolutionären Bewegung rechtfertigen sie mit ihrer „Theorie“, wonach deformierte Arbeiterstaaten in Osteuropa geschaffen worden seien, „ohne den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen“ – eine Abart von Tony Cliffs Staatskapitalismus. Daraus ziehen sie die antikommunistische Schlussfolgerung:

„In der Sowjetunion war die Zerschlagung der stalinistischen Staatsmaschine seit der konterrevolutionären politischen Enteignung der Arbeiterklasse durch die stalinistische Kaste eine programmatische Notwendigkeit. In Osteuropa wurde eine solche Aufgabe ab dem Moment der Erschaffung von Arbeiterstaaten erforderlich.“ (*Revolutionärer Marxismus*, Frühjahr 1998)

Dies ist ein bequemes Alibi für die Tatsache, dass sich Workers Power im Namen der „Demokratie“ den Kräften der Konterrevolution anschloss, die tatsächlich den degenerierten sowjetischen Arbeiterstaat und die bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas zerschlagen haben.

Die reformistische Gruppe Sozialistische Alternative Voran (SAV) hat jetzt ihre eigene Revision der Geschichte von 1989/90 verbreitet. Sie schreiben im Oktober 1999: „In der *Voran* und in der gerade gegründeten ostdeutschen Schwesterzeitung ‚Was tun!‘ argumentierten wir damals dafür, daß die Opposition ein [sic!] klare Strategie in Richtung sozialistischer Demokratie entwickeln müsse.“ Und: „Ein Charakteristikum der DDR Revolution von 89 war, daß sie eine spontane Bewegung von unten war, und eigentlich keine Führung hatte.“ Nun ist „sozialistische Demokratie“ allein schon ein Codewort für die SPD. Und tatsächlich findet man in der *Voran* vom Februar 1990 auf der Titelseite: „Für die Vereinigung BRD/DDR“. Sie forderten von der SPD eine „Offensive für Einheit und Sozialismus“ und skandierten: „Das deutsche Volk hat das gleiche Recht auf Selbstbestimmung wie jedes andere“, also auf die kapitalistische Wiedervereinigung. Tatsächlich agierten sie damals als „Marxisten in der SPD“ und trieben mit der SPD die Konterrevolution voran.

Zu ihrer Veranstaltung am 6. November in Berlin gingen wir mit einem Display ihrer und unserer Zeitungsartikel von 1989/90 und stellten auch in der Diskussion unser revolutionäres Programm dem der SAV entgegen. Während ein Teil der SAVler noch im Nachhinein begeistert war von ihrem damaligen Aufruf für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, versuchten andere, sich von dieser Linie zu distanzieren. Sie gaben an, dass diese Linie korrigiert worden sei. Kein Wunder: Heute hat die SAV ihr Mäntelchen vertauscht. Da die Konterrevolution in der Arbeiterklasse nicht populär ist und viele Arbeiter heute die PDS als eine „linke

SPARTAKIST DEUTSCHE AUSGABE HERBST 1994

Stalinismus – Totengräber der Revolution
Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde
Für sozialistische Revolution, um Zeits des Konterrevolution wegzutragen!

Pseudo-Forderungen zur Ukraine
Warum die Trotzki mißbrauchen
Über Trotzki Eintritt für eine unabhängige Sowjet-Ukraine ... 16

IKL-Diskussion über Osteuropa und die Sowjetunion
Über den Zusammenbruch der Herrschaft der Stalinisten in Osteuropa von Joseph Seymer ... 26

Für marxistische Klarheit und eine vorwärts gerichtete Perspektive von Albert St. John ... 40

USA: Weg mit der rassistischen Todesstrafe!
Bettet Mumia Abu-Jamal! ... 48

Zentrale Sekretariat von Trotsky zum ersten Mal auf Russisch erschienen
Die Kommunistische Internationale nach Lenin ... 25

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Links: *Spartacist* (deutsche Ausgabe) Nr. 16, Herbst 1994 DM 2,-

Rechts: *Spartacist* (deutsche Ausgabe) Nr. 20, Sommer 1998 DM 4,-

(im Abo von *Spartakist* enthalten)

Bestellung über die Redaktionsadresse

SPARTAKIST DEUTSCHE AUSGABE SOMMER 1998

Für neue Oktoberrevolutionen!
III. Internationale Konferenz der IKL
SEITE 2

Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)
SEITE 10

Über die Ursprünge und die Entwicklung leninistischer Organisationspraktiken
SEITE 27

Organisationsregeln und -richtlinien
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)
SEITE 35

Über Agitation und Propaganda ... SEITE 61

Holocaust, „Kollektivschuld“ und deutscher Imperialismus ... SEITE 64

Alternative“ sehen, hat sich die SAV in den Dienst der PDS gestellt. Daher müssen sie die Geschichte zurechtbiegen. So lügt die SAV im Interesse der PDS, indem sie die Spartakisten verschwinden lässt: „Am 18. März fanden die ersten freien Wahlen in der DDR statt. Alle Parteien, einschließlich der PDS, traten für die Einführung des Kapitalismus ein. Keine von ihnen warnte davor, welche Auswirkungen das für die Arbeiterklasse haben würde.“ Um die Verantwortung der PDS für die Konterrevolution verschwinden zu lassen, kommentieren sie heute also einfach, dass der Kapitalismus unvermeidlich war, ihr Beitrag zur „Tod-des-Kommunismus“-Kampagne der Sozialdemokratie im Dienste der Bourgeoisie.

Konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion

Die Ereignisse der letzten Jahre haben die volle Macht von Trotzki's Vorhersage aus den 30er-Jahren demonstriert, dass entweder die sowjetischen Arbeiter die Bürokratie stürzen werden oder die Bürokratie den Arbeiterstaat verschlingen wird. Zwar bewies die Entwicklung der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution ein für alle Mal die Überlegenheit der Planwirtschaft über die kapitalistische Anarchie, selbst in ihrer deformierten Form. Aber ohne internationale Ausweitung der Revolution war der geballte militärische, wirtschaftliche und politische Druck des Weltimperialismus auf Dauer nicht aufzuhalten. Die Stalinisten um Gorbatschow wollten diesem Druck ausweichen, indem sie mit der Perestroika seit Mitte der 80er-Jahre die geplante Wirtschaft der Sowjetunion zunehmend aushebelten. Ende der 80er-Jahre standen sie dann vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik des „Marktsozialismus“. Mit dem Abschaffen des zentralen Plans zerfiel die Wirtschaft der Sowjetunion umso rascher und die Widersprüche in der Gesellschaft wuchsen. Die Konterrevolution in der DDR und Osteuropa, von Gorbatschow vorangetrieben, forcierte diese Entwicklung noch massiv.

Die IKL hatte schon gegenüber den in Ostdeutschland stationierten sowjetischen Truppen Arbeit gemacht. Unsere Literatur und Trotzki's Schriften fanden hier reißenden Absatz. Zum Beispiel konnten am 8. Mai 1991 Redner der SpAD und unserer Genossen der polnischen Spartakusowska Grupa Polski (SGP) vor einer Versammlung von Rotarmisten und Offizieren sprechen. Dies war einer der Wege, das trotzkistische Programm für die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution und für den Sturz der stalinistischen Bürokratie zurück ins Land der Oktoberrevolution zu bringen.

Das zentrale Ereignis der russischen Konterrevolution war Jelzins „Gegenputsch“ vom August 1991 gegen den jämmerlich hilflosen „Perestroika-Putsch“ alter Stalinisten. Wir riefen auf zu Arbeitermobilisierungen, um den konterrevolutionären Abschaum mitsamt Jelzins Barrikaden wegzufegen und so den Weg zu bahnen für eine proletarisch-politische Revolution, um die Restauration des Kapitalismus zu zerschlagen und die sowjetische Arbeiterklasse an die politische Macht zurückzubringen. Die endgültige Zerstörung der Oktoberrevolution stand damals nicht von vornherein fest. Spartakisten verteilten 100 000 Exemplare des Artikels „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/Bushs Konterrevolution!“ Das Ausbleiben jedweden Widerstands seitens der Arbeiterklasse, die durch jahrzehntelange stalinistische Herrschaft und grausame Unterdrückung verraten und atomisiert worden war, war bei der Zerstörung des sowjetischen Arbeiterstaats der entscheidende Faktor. So weit es die Kräfte der IKL zuließen, haben wir dafür



Der Spiegel

Moskau, August 1991: Die IKL rief die Arbeiter auf, den konterrevolutionären Abschaum samt Jelzins Barrikaden wegzuräumen; Pseudolinke wie GAM unterstützten Jelzin

gekämpft, einen revolutionären Pol zu bilden, der die sowjetische Arbeiterklasse für das Programm gewinnt, die Konterrevolution umzukehren und niederzuschlagen.

Revolution und Konterrevolution und die Pseudolinke heute

In der ehemaligen Sowjetunion hat die kapitalistische Konterrevolution zu ungeheurem Elend und zum völligen Zerfall der Industrie geführt. Die Produktion ist um 50 Prozent gefallen, 75 Prozent leben unterhalb des Existenzminimums und 15 Millionen hungern. Die Lebenserwartung von Männern ist auf unter 57 Jahre gefallen, weniger als vor einem Jahrhundert. Die Bevölkerung ist von 1992 bis 1997 um 3,5 Millionen zurückgegangen. Pogromartiger, rassistischer Staatsterror gegen Angehörige der kaukasischen und zentralasiatischen Völker in Russland ist Alltag der kapitalistischen Konterrevolution, ebenso wie neokoloniale Kriege von Jelzins imperialistischem Russland wie jetzt gegen Tschetschenien.

Die Folgen der Konterrevolution haben Kriege und „ethnische Säuberungen“ zurück nach Europa gebracht und zu einer ungeheuren Verelendung der Arbeiterklasse und anderer Schichten der Gesellschaft geführt, wie nach der Zerstörung Jugoslawiens deutlich wurde. Die IKL intervenierte geschlossen als Internationale mit der Losung „Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution – verteidigt Serbien!“ und: „Alle US/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan!“ (siehe IKL-Erklärung, *Spartakist-Extra*, 26. April 1999).

Seit dem Ende des Balkankrieges intensivierte die SPD/Grünen-Regierung die Angriffe auf die Arbeiterklasse noch mehr. Die daraus entstehenden Konflikte sucht die SPD insbesondere durch eine neue rassistische Kampagne gegen Flüchtlinge und durch Angriffe auf das kaum noch existierende Asylrecht abzulenken. Diese Kampagne dient nicht nur einer Teile-und-herrsche-Politik im Innern, sondern auch der nationalistischen Ausrichtung der ganzen Gesellschaft, einer Vorbereitung auf neue Kriege, auf den erneuten „Drang nach Osten“.

Hilfskräfte der Bourgeoisie von Auschwitz sind viele der kleinbürgerlichen Intellektuellen im wieder vereinigten Deutschland, bei denen es eine massive Hinwendung zum deutschen Nationalismus gibt bis hin zu seiner übelsten und tödlichen Form, den Nazis. Propagiert der Schriftsteller Martin Walser noch ein „Wegsehen“ von den Naziverbrechen, so verbreitet der „Philosoph“ Sloterdijk Antisemitis-

Fortgesetzt auf Seite 24



Action Press

November 1999: Egon Krenz und andere werden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Wir fordern Freiheit für die Ex-DDR-Bürokraten, verurteilt von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen!



1989/90: Revolution...

Fortsetzung von Seite 23

mus und Nazi-Dreck über die „beispiellos düsteren Jahre nach 1945“ (unsere Hervorhebung) auf den Feuilletonseiten der liberalen Presse des Vierten Reichs. Leute wie der ehemals „linke“ Hochschulprofessor Bernd Rabehl und das Ex-RAF-Mitglied Horst Mahler verbreiten und organisieren heute „völkische“ rassistische Propaganda. Der Antisemitismus, immer ein Ausdruck des Nationalismus in seiner mörderischsten Form, stieg stark an. Fortlaufend finden Schändungen von KZ-Gedenkstätten und jüdischen Friedhöfen statt. Die Gedenkstätten der Nazi-KZs sollen nach der Konzeption der künftigen Gedenkstättenpolitik keinen Unterschied mehr machen „zwischen Opfern der Nazidiktatur und der kommunistischen Gewaltherrschaft“. Die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg wurde, kurz bevor sie in den USA gezeigt werden konnte, wegen einiger angeblich falsch zugeordneter Fotos geschlossen. Gerade wurden Egon Krenz und andere ehemalige Politbüromitglieder der SED zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt und der *Spiegel* (15. November 1999) spekuliert darüber, ob sich die so genannte „Nürnberg-Klausel“ anwenden ließe. Auf der Basis dieser Klausel wurden bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen die Nazis verurteilt. Wir als Kommunisten fordern selbstverständlich die Freilassung aller Ex-DDR-Bürokraten aus den Gefängnissen des Vierten Reichs – wir sagen, dass diese stalinistischen Ausverkäufer von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen abgeurteilt werden.

Anders dagegen der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB), einer der Ableger des pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariats (VS) in Deutschland. Zwar läuft der RSB ebenso wie der andere VS-nahe Ableger, die Vereinigung für Sozialistische Politik, heute der PDS hinterher, die als treuer Staatsdiener das Urteil gegen Krenz unterwürfig als „juristische Fehlkonstruktion“ kritisiert. Aber in der Zeitung des RSB (*Avanti*, Dezember 1999) hetzt David Müller gegen „die sehr milden Urteile“ und fährt dann fort: „Manchmal denke ich, es wäre besser, wenn die Täter aus der ehemaligen DDR öffentlich gemacht würden und Opferverbände, Bürgerbewegung und Wissenschaftler ein Tribunal organisieren würden.“ Dies ist ein unverhüllter Aufruf, die antikommunistische Hexenjagd fortzusetzen und die Siegerjustiz des Vierten Reichs noch zu verschärfen.

Die Sozialleistungen, die zurzeit in Westeuropa unter Beschuss sind, wurden im Anschluss an den Zweiten Welt-

krieg gewährt, um das abzuwenden, was die Kapitalisten als „rote Gefahr“ sahen. Seit der Zerstörung der DDR und der Sowjetunion sind die imperialistischen Bourgeoisien daran gegangen, den „Sozialstaat“ zu demontieren. Diese Aufgabe übernehmen heute praktisch überall in Europa sozialdemokratische Parteien, die den Kapitalismus verwalten – entweder im eigenen Namen oder in Volksfrontkoalitionen mit bürgerlichen Parteien.

Die PDS ist an der Verwaltung des deutschen Imperialismus und den rassistischen Abschiebungen über ihre Beteiligung an den Regierungen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern genauso direkt beteiligt wie die SPD und die Grünen. Und wie

Bisky erklärte, wollen sie jetzt wirklich in die Regierung, vielleicht auch mit Hilfe der CDU. Wir schrieben vor der Bundestagswahl im Herbst 1998: „SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer! Keine Stimme für SPD, PDS!“

Zurzeit vertraut die deutsche Bourgeoisie darauf, dass die SPD- und PDS-Leutnants des Kapitals die Arbeiterbewegung unter Kontrolle halten. Doch für die herrschende Klasse, die bereits einmal auf den Faschismus gesetzt hat, ist die heutige Nazibewegung der Kern einer faschistischen Armee, die in Reserve gehalten wird. So ist die reformistische Politik der Pseudolinken, die von der den Kapitalismus verwaltenden SPD fordern, gegen die Faschisten vorzugehen, in ihrer Konsequenz selbstmörderisch. Wir kämpfen für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um die Nazis zu stoppen. Nur die Arbeiterklasse hat die soziale Macht, um die Faschisten in ihre Löcher zurückzujagen und letztendlich die Wurzel des Faschismus, den Kapitalismus insgesamt zu beseitigen.

Wie wir schrieben:

„Die Verteidigung der Arbeiter und Minderheiten in Deutschland kann nur vorangebracht werden durch einen unnachgiebigen politischen Kampf gegen die Sozialdemokratie – gegen SPD und PDS. Im Kampf, eine wirklich bolschewistische Partei aufzubauen, muss die SPD ... **gespalten** und ihre Arbeitermassenbasis zum Programm der proletarischen Revolution gewonnen werden. Bei dieser Aufgabe können die zahlreichen Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft, die der deutschen bürgerlichen Gesellschaft durch schreckliche rassistische Unterdrückung zwangsweise entfremdet werden, ein strategischer Hebel sein.“ („Holocaust, ‚Kollektivschuld‘ und deutscher Imperialismus“, *Spartacist* [deutsche Ausgabe] Nr. 20, Sommer 1998)

Heute tragen die Organisationen der Pseudolinken, die ihren Teil dazu beitragen, die kapitalistische Konterrevolution zu ermöglichen, das Programm des Klassenverrats weiter, indem sie sozialdemokratische Parteien, ob SPD oder PDS, unterstützen. Diese pseudolinken Gruppen an den Rockschoßen der Sozialdemokratie sind Hindernisse für proletarisches Bewusstsein, die entlarvt und weggefegt werden müssen auf dem Weg, eine revolutionäre trotzkistische Partei aufzubauen. Diese Partei wird die Arbeiterklasse zum Sieg über den rassistischen, menschenvernichtenden, Kriege produzierenden Kapitalismus führen. Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale! Für neue Oktoberrevolutionen weltweit! ■



Fotos: Workers Vanguard

Mitglieder der SSEU-Ortsgruppe 371. Gewerkschaften bildeten das Rückgrat der Mobilisierung am 23. Oktober, den Klan zu stoppen



KKK aus New York verjagt...

Fortsetzung von Seite 32

Mobilisierung, um den Klan zu stoppen!“ versammelt hatten, nonstop in den Schlachtruf aus: „Wir stoppten den Klan! Wir stoppten den Klan!“

Mit Gewerkschaftsordnern an der Spitze, die Arme eingekant, marschierten sie die Lafayette Street hinauf und zeigten im Sieg die Militanz, Entschlossenheit und den Mut, die die Grundpfeiler dieser Mobilisierung bildeten, die auf der sozialen Macht der organisierten Arbeiterbewegung basierte. „Wir gaben der Stadt eine Botschaft: Das ist kein Klan-Land!“, sagte ein Mitglied der Social Service Employees Union (SSEU, Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten) Ortsgruppe 371. Die Ortsgruppe 371 kam zusammen mit Mitgliedern der Transport Workers Union (TWU, Transportarbeitergewerkschaft) Ortsgruppe 100 sowie Gewerkschaftern bei der Post, beim Bau, im öffentlichen Dienst und vielen, vielen anderen Gewerkschaftern, die das Rückgrat der Mobilisierung, um den Klan zu stoppen, bildeten.

Vor allem diese Gewerkschafter – denen bewusst war, wie ernst es ist, zu einer Mobilisierung zu kommen, um den Klan zu stoppen – gaben der Mobilisierung ihren disziplinierten und entschlossenen Charakter. Sie stellten die Ordner, um die Mobilisierung in Centre Street Nr. 100 zu schützen. Zu der Vorhut gehörte die SSEU-Gewerkschaft Ortsgruppe 371, geführt von ihrem Präsidenten Charles Ensley, deren Mitglieder sich direkt vor die Rednerplattform postierten und dann ein großes Kontingent von Centre Street Nr. 100 zum Foley Square einen Block weiter führten, wo Tausende andere hingedröftet waren in der Hoffnung, näher an den Klan heranzukommen. Tausend gereizte Bullen, mit vielen weiteren in Reserve, wurden durch diese Demonstration der Macht der Arbeiterbewegung zurückgehalten.

Die Tausenden, die auf die Straße kamen, sahen diese Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung als ihre eigene an und tatsächlich hatten viele dabei geholfen, sie aufzubauen. Arbeiter von Betriebshöfen der Verkehrsbetriebe, von Krankenhäusern, von UPS-Depots, in Bussen und U-Bahnen, bei Gebäuden der Stadtverwaltung nahmen Stapel der Flugblätter, um sie zu verteilen und zu plakatieren. Viele Demonstranten brachten ihre eigenen selbst gemachten Plakate mit oder malten sie vor Ort. Man rief Vorschläge für zusätzliche Sprechchöre zur Rednerbühne.

Studentenparlamente vom Borough of Manhattan Community College, Lehman, Bronx Community, Hostos sowie Studenten und Studentenorganisationen von Columbia und New York University, Sarah Lawrence, Cornell und viele andere unterstützten die Mobilisierung, um den Klan zu stoppen, und halfen bei ihrem Aufbau. Viele Studenten organisierten Kontingente von ihren Unis, die geschlossen zur Kundgebung marschierten. Als der Sprecher des Spartacus Youth Clubs – der dazu beigetragen hatte, die Uni-Unterstützung aufzubauen – die Namen der Unis und Unigruppen verlas, gab es lauten Jubel von den Studenten.

Hunderte Studenten machten nicht nur ihre erste Erfahrung mit einer politischen Massenaktion, sie erlebten auch zum ersten Mal ein Gefühl der sozialen Macht der Arbeiterbewegung, die in rassistisch integrierten Gewerkschaften organisiert ist. Sprecher der Studentenkontingente ergriffen mit Feuer und Leidenschaft das Wort, wie eine junge Frau vom City College, die erklärte: „Wir sind hier, um dem KKK zu sagen, dass ihr Feiglinge seid, und wenn ihr gern nach Washington Heights kommen wollt, wenn ihr gern nach Harlem kommen wollt und wenn ihr gern nach Brooklyn kommen wollt, wir erwarten euch! Harlem erwartet euch, KKK!“

Eine Arbeiterpartei in Aktion

Auf den Straßen von New York City konnte man am 23. Oktober das sehen, was notwendig war, um den Klan zu stoppen – genau wie das PDC gesagt hatte: eine machtvolle Mobilisierung der sozialen Macht der multirassistischen Arbeiterklasse, die an der Spitze der Schwarzen, Hispanics, asiatischen Einwohner, Immigranten, Juden, Katholiken, Schwulen, Jugendlichen und all derer steht, die der Klan ins Visier genommen hat. Unser Ziel war es, der heftigen Empörung gegen den Klan einen organisierten und militanten Ausdruck zu geben.

Es war eine Einheitsfrontmobilisierung, die es ermöglichte, die vielen verschiedenen politischen Ansichten all derer zum Ausdruck zu bringen, die gemeinsam für die dringende Notwendigkeit eintraten, *den KKK zu stoppen*. Aber diese Mobilisierung sprach viel mehr an und griff die aufgestaute Wut unter der arbeitenden Bevölkerung der Stadt auf, besonders bei Schwarzen und Hispanics, die es satt haben, seit Jahren im einseitigen Krieg gegen die Arbeiter und Armen herumgestoßen zu werden.

Fortgesetzt auf Seite 26

KKK aus New York verjagt...

Fortsetzung von Seite 25

Sie bündelte und organisierte die Wut gegen die plündernden, rassistischen Bullen, die früher in diesem Jahr nach der Ermordung des schwarzen Afrikaners Amadou Diallo durch die NYPD explodiert ist. Sie gab Hunderttausenden in dieser Stadt eine Stimme – von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern über eingewanderte Taxifahrer bis zu Hot-Dog-Verkäufern, Studenten an der CUNY, Künstlern, AIDS-Opfern –, die die Nase voll haben von Julianis Mini-Polizeistaat. Sie zeigte eine Alternative zu den Politikern der Demokratischen Partei, ihren schwarzen Stroh Männern und gewerkschaftlichen Lakaien, die genauso fieberhaft an dem Versuch arbeiteten, jeden unabhängigen Massenprotest der arbeitenden Bevölkerung und aller Feinde des Klan-Terrors zu demobilisieren, wie sie schon die Proteste gegen den Mord an Diallo auf eine Politik des parlamentarischen Druckausübens begrenzten.

Viele der Tausenden, die sich der Anti-Klan-Kundgebung anschlossen, suchten nicht nur nach einer Antwort darauf, wie der Klan-Terror gestoppt werden kann, sondern wollten auch wissen, wie sie gegen das gesamte System der rassistischen kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen können. Die Demonstranten hörten gespannt allen Reden von der Rednerbühne zu. Viele riefen: „Das stimmt, das stimmt“, als Gene Herson, der PDC-Koordinator für Gewerkschaften, sowohl die Demokratische als auch die Republikanische Partei als Feinde der Arbeiterbewegung und der Unterdrückten brandmarkte. Aufrufe an die arbeitenden Massen, ihre eigene Klassenpartei aufzubauen, wurden mit Applaus begrüßt.

Auf den Straßen von New York City konnte man am 23. Oktober im kleinen Maßstab eine Arbeiterpartei in Aktion sehen, d. h. die Arbeiterklasse wurde für ihre eigenen Interessen mobilisiert und handelte unabhängig von der Regierung und den Parteien der Kapitalistenklasse. Das PDC – eine klassenkämpferische rechtliche und soziale Verteidigungsorganisation, deren Zweck mit den Ansichten der marxistischen Spartacist League/U.S. übereinstimmt – initiierte den Aufruf, der die soziale Macht der Arbeiterbewegung und ihres starken, militanten Bestands an schwarzen Arbeitern in Verteidigung aller Unterdrückten zur Geltung brachte. Die gleiche Macht, diese gleichen Kräfte, die den Klan an seinem Aufmarsch hinderten, können die Unorganisierten und Arbeitslosen organisieren, können zur Verteidigung der Massen in den Ghettos und Barrios mobilisieren und können den gewerkschaftsfeindli-

chen „Open-Shop“-Süden knacken – der selbst ein Ergebnis des KKK-Terrors gegen die Gewerkschaften ist.

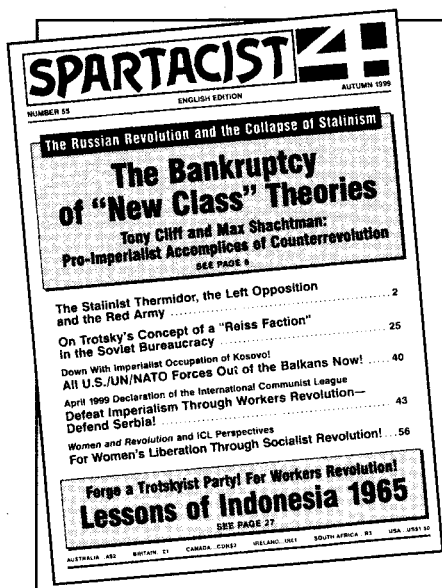
Die erfolgreiche Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung machte die Verbindung zwischen dem Kampf der Arbeiterbewegung und dem Kampf für die Befreiung der Schwarzen lebendig. Die Unterdrückung der Schwarzen ist der Eckpfeiler des rassistischen amerikanischen Kapitalismus. Um die besondere Unterdrückung der Schwarzen zu beseitigen, gibt es keinen anderen Weg als die Machtergreifung der Arbeiterklasse, und es wird nur dann eine proletarische Revolution geben, die der Klassenausbeutung ein Ende setzt, wenn die Arbeiterklasse aktiv den Kampf für die Rechte der Schwarzen aufnimmt.

Die Arbeiterklasse hat die Zahl, die Organisation und die Macht, all die Dinge zu gewinnen, die die herrschende Klasse sich aneignet – Gesundheitsversorgung, Ausbildung, anständige Wohnungen, Abtreibungsrechte. Was fehlt, ist der Typ von Führung, der notwendig ist, um zu kämpfen – eine Führung der Gewerkschaften, die sich nicht den Gesetzen, Parteien und staatlichen Behörden der Bosse fügt, eine Arbeiterpartei, die nicht die Eigentums„rechte“ der Bourgeoisie respektiert. Wir brauchen eine Arbeiterpartei, die für eine Arbeiterregierung kämpft, um der Kapitalistenklasse die Produktionsmittel zu entreißen und eine sozialistische Planwirtschaft zu errichten, die nicht für den Profit von ein paar habgierigen Ausbeutern funktioniert, sondern für die arbeitenden Massen, die den Reichtum der Gesellschaft produzieren. Das ist der Typ von Arbeiterpartei, für deren Aufbau wir Kommunisten der Spartacist League/U.S. kämpfen.

Der politische Kampf, den Klan zu stoppen

Genau wie die Mobilisierung, die den Klan in New York City am 23. Oktober stoppte, ein wirkliches Gefühl für die sozialen Kräfte und die Führung vermittelte, die für eine sozialistische Revolution in diesem Land notwendig sind, so entlarvte sie auch völlig die Feinde und Hindernisse, die der Organisation der Kämpfe der Arbeiterklasse in ihrem eigenen Interesse und im Interesse aller, die in dieser Gesellschaft ganz unten sind, entgegenstehen. Dazu gehörten die kapitalistischen Bullen, Gerichte und Julianis Stadtverwaltung; die American Civil Liberties Union (amerikanischer Anwaltsverein zur Verteidigung von Bürgerrechten), die ihre widerwärtige jahrzehntelange Verteidigung von „Verfassungsrechten“ für die faschistischen Terroristen fortführte; die Demokratische Partei, deren Aufrufe zu einer „Demonstration für Toleranz“ auf den Versuch abzielte, die Werktätigen und alle anderen, die den Klan stoppen wollten, zu demobilisieren; Al Sharpton und das schwarze Establishment der *Amsterdam News*, die groteskerweise im Interesse des Klans eine Eingabe beim Gericht bewirkten; die International Socialist Organization (ISO, Schwesterorganisation von Linksruck), die in das Lager von Giuliani, der Demokratischen Partei, Sharpton, der ACLU und dem Klan gegen die vom PDC initiierte Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung eilte.

Vom dem Tag an, als der Klan-Aufmarsch in einem Artikel der *New York Post* am 13. Oktober öffentlich angekündigt wurde, gab es einen Wettstreit zweier entgegengesetzter Klassenkräfte: Eine Seite repräsentierte die Interessen der herrschenden Kapitalistenklasse, die andere die Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. In dem Augenblick, als das PDC von den Plänen des KKK erfuhr, stellte es den Antrag auf eine Genehmigung, eine Demonstration zur gleichen Zeit und am gleichen Ort abzuhalten, wo der Klan aufmarschieren wollte: Centre Street Nr. 100. Der Aufruf zu einer Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung wurde unverzüglich herausgegeben und stieß auf den Straßen sofort auf überwältigende Unterstützung. Diese Mobilisierung hatte



Neu!

Spartacist

(englische Ausgabe)

Nr. 55

Herbst 1999

56 Seiten

DM 3,-

Zu beziehen über:

Verlag Avantgarde

Postfach 555

10127 Berlin

Konto 1 1988-601

Postbank Frankfurt/M.

BLZ 500 100 60

eine Auswirkung auf die Politik der Stadt, wie es seit Jahren nicht mehr der Fall war. Die Frage eroberte die Titelseiten der Tageszeitungen, dominierte Talkshows und Sendungen schwarzer Radiosender, wo zahlreiche Hörer anriefen, sie spaltete Berichten zufolge gewerkschaftliche Vorstandssitzungen und trieb die Führungsspitze der Demokratischen Partei zum Wahnsinn.

Die Giuliani-Verwaltung und NYPD reagierten damit, dass sie sich an die Arbeit machten und diese Mobilisierung zu blockieren versuchten. Unter einer Decke mit ihnen steckte eine unheilige Allianz, die von Norman Siegel von der New York Civil Liberties Union – dem Anwalt für den KKK –, über Scott Stringer, dem Staatsabgeordneten der Demokratischen Partei, bis zu dem schwarzen Demokraten Al Sharpton reichte. Der Aufmarschort des KKK wurde heimlich einen Block weiter zur Centre Street Nr. 60 verlegt – eine Information, die tagelang nicht publik gemacht wurde. Als klar wurde, dass Tausende New Yorker sich hinter dem Aufruf des PDC sammelten, als am Wochenende des 16./17. Oktober Zehntausende Flugblätter verteilt wurden, legte diese Bande eine scharfe Gangart ein.

Stringer, dem sich Sharpton und andere Politgrößen der Demokratischen Partei anschlossen, berief am 19. Oktober eine Pressekonferenz ein, wo er ankündigte, dass er eine Genehmigung für eine „Demonstration für Toleranz“ in Centre Street Nr. 60, wo der Klan seinen Aufmarsch durchführen wollte, beantragt hatte. An diesem Abend kam heraus, wie eine PDC-Presseerklärung berichtete, dass Stringer & Co. „mit dem Klan und der Giuliani-Verwaltung unter einer Decke stecken, um ein Abkommen zu treffen, wonach sie mit dem KKK in Centre Street Nr. 60 eine gemeinsame Genehmigung für ihre Lautsprecher erhalten.“ Am folgenden Tag reichte Sharpton bei Gericht seine Eingabe im Interesse des Klans ein. Wir kämpften im Interesse der Zehntausenden Werktätigen von New York, die den KKK stoppen wollten, und führten in den Gerichten einen unablässigen Kampf für *ihr* Rede- und Versammlungsrecht.

Am 21. Oktober gab ein New Yorker Bundesgericht den Klanmännern alles, wonach sie verlangt hatten; den Werktätigen wurde erklärt, dass sie mundtot gemacht werden sollten. Das Gericht billigte die von Siegel, Stringer und dem Klan ausgekochte Abmachung über eine gemeinsame Genehmigung ihrer Lautsprecher und gab dem KKK das Recht, seine Rassenhass-Provokation in Roben und unter Kapuzen abzuhalten. Die Richter verweigerten der Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung für Centre Street Nr. 60 die Genehmigung der Lautsprecher. Wie die PDC-Rechtsanwältin Rachel Wolkenstein erklärte: „Diese Abmachung ist ein Versuch zu garantieren, dass nur der Klan gehört wird und nicht seine vorgesehenen Opfer.“ Sie fügte hinzu: „Die Verweigerung einer Lautsprecher-Genehmigung für die Anti-Klan-Kundgebung ist eine Provokation gegen die Möglichkeit der Organisatoren der Mobilisierung, eine militante, geordnete Massendemonstration durchzuführen. Eine Kundgebung ohne Lautsprecher und Führung an zentraler Stelle ist wie ein Auto ohne Lenkrad.“

Sogar die rechte *New York Post* (23. Oktober) verurteilte die Gerichtsentscheidung, dass die Anti-Klan-Mobilisierung



Reuters



AP

Liberales und pseudosozialistische Feinde der Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung. Oben: Norman Siegel (NYCLU) auf der Klan-Versammlung, Al Sharpton und Scott Stringer von den Demokraten; unten: ISO-Redner neben Bullenbanner auf Ablenkungsveranstaltung der Demokraten



Workers Vanguard

nicht zur gleichen Zeit wie der KKK Lautsprecher einsetzen dürfte; wobei die Begründung des Gerichts lautete, dass das für den Klan „das Rederecht ersticken“ würde. Wahrlich, die Gerichtsentscheidung war eine grafische Illustration der Rassen- und Klassenausrichtung des kapitalistischen „Rechts“systems: freie Bahn für den Klan-Terror und keine Rechte für dessen vorgesehene Opfer! Das wurde noch unterstrichen durch die Tatsache, dass das Gerichtsgebäude vom KKK buchstäblich als eine Zuflucht benutzt wurde, als er seinen Rassenhass-Aufmarsch inszenierte.

Als die Erlaubnis für den Klan, unter Kapuzen aufzumarschieren, in einem Revisionsverfahren des

Fortgesetzt auf Seite 28

Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

NEU!
Jetzt auf Indonesisch erschienen!

16 Seiten
DM 2,-

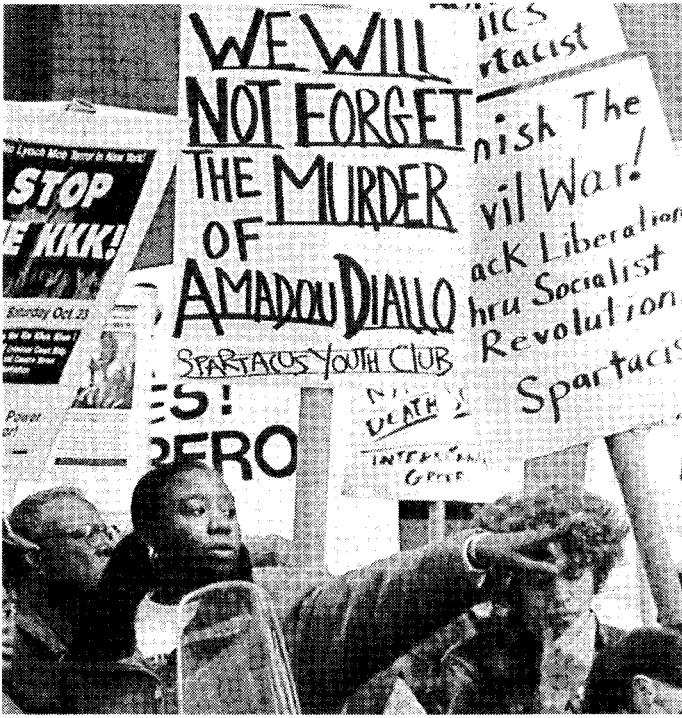
Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

SPARTACIST

Deklarasi Prinsip-Prinsip dan Beberapa Elemen dari Program Liga Komunis Internasional (Internasionalis Keempat)

1. Revolusi Sosialis Dunia dan Liga Komunis Internasional (Internasionalis Keempat)
2. Krisis Kepemimpinan kaum Proletar
3. Kami Adanya Partai Revolusi Rusia
4. Dasar Teoretis dan Strategi Liga Komunis Internasional (Internasionalis Keempat)
5. Silah Internasional Revolusi Sosialis
6. Peranan kaum Buruh sebagai Pejuang dalam Membela kaum Tertindas
7. Dasar Borjuis dari Revisionisme
8. Perjuangan Melawan Perang Imperialis
9. Menahkakan dan Hak Semua Bangsa Untuk Menentukan Nanti Sendiri
10. Revolusi Kolonial, Revolusi Permana dan "Jalan Gerilya"
11. Front Rakyat; Bukan sebagai Taktik Melainkan Kebijakan Terbesar
12. Program, Organisasi dan Disiplin Partai Revolusioner
13. Kami Akan Ikat Aardi Untuk Merubah Sejarah!

Declaration of Principles and Some Elements of Program
International Communist League (Fourth Internationalist)
Publisher: October 1999



Young Spartacus

SYC-Plakat: Wir werden den Mord an Amadou Diallo nicht vergessen!

KKK aus New York verjagt...

Fortsetzung von Seite 27

Bundesgerichts am 22. Oktober zurückgenommen wurde, wurde eine Desinformationskampagne in Gang gesetzt: Sie zielte darauf ab, die Leute zu überzeugen, dass es keinen Grund gäbe, am nächsten Tag auf die Straße zu gehen, da der KKK nicht auftauchen würde. Eine PDC-Presseerklärung an diesem Abend stellte fest: „Welche Berichte auch darüber kursieren, dass der KKK gegenwärtig keine Erlaubnis hätte, seine Rassenhass-Provokation zu veranstalten: Die Werktätigen dieser Stadt haben keinerlei Grund, den Worten dieser rassistischen Terroristen oder der Giuliani-Verwaltung zu trauen. Es gibt nur einen Weg, um sicherzustellen, dass der Klan morgen in New York nicht sein Haupt erheben kann: wenn die Straßen voll sind von seinen Gegnern.“

Und am 23. Oktober waren es viele Tausende entschlossene Gegner des Klans, die das Gebiet rund um die Centre Street füllten. Hier gab es die Antwort auf Sharptons Ver-

teidigung des „Rederechts“ für den Klan. Viele derjenigen, die auf die Straße kamen, haben persönliche Erfahrungen mit dem brennenden Kreuz, dem Lynch-Strick, den Schrotflinten, durch die der Klan „redet“. Obwohl sie an verschiedenen Stellen durch behelmte Bereitschaftsbullen und durch Polizeisperren getrennt gehalten wurden, waren sie auf die Straße gekommen – nicht um „Toleranz“ für den KKK zu zeigen, wie Stringer und die Demokraten es gepredigt hatten, sondern als Reaktion auf den PDC-Aufruf, den KKK zu stoppen.

Die ISO – Verräter bloßgestellt

Außer einigen Getreuen der Demokratischen Partei wie dem Gewerkschaftspräsidenten der Ortsgruppe 1199, Dennis Rivera, und einer papiernen Unterstützung durch die Führung des Central Labor Council, stießen Stringer, Sharpton et al. mit ihrem Aufruf zur „Toleranz“ auf taube Ohren. Die **einzigste** Organisation, die mit zielgerichteter Energie in Stringers Lager eilte, war die International Socialist Organization, die ihr Möglichstes tat, um der Demokratischen Partei – und dem Klan – Deckung zu geben gegen die organisierte Arbeiterklasse.

Die ISO rief zu einer Veranstaltung auf, die von diversen Anwälten und Liberalen organisiert wurde, um für Stringers „Demonstration für Toleranz“ zu mobilisieren. Als PDC-Vertreter dort intervenierten, um zum gemeinsamen Kampf all derer aufzurufen, die den Klan am 23. Oktober stoppen wollen, gab es keinen Interessenten. Während Sharpton vor Gericht empörenderweise die „Rechte“ des Klans verteidigte, begeisterte sich bei der Veranstaltung die ISO über die tollen Redekünste von Sharpton und darüber, wie viele Leute er zu der Ablenkung der Demokratischen Partei bringen könnte! Wie sich herausstellte, tauchte Sharpton am 23. Oktober nicht einmal auf; zweifellos war er nicht darauf erpicht, sich den Buhrufen der Tausenden zu stellen, die auf die Straße gekommen waren, um den KKK zu stoppen. Aber die ISO war dort in ihrer ganzen Herrlichkeit.

Während sich die ISO schamlos bei den Demokraten einreichte, versuchte sie mit einem spärlich verteilten Flugblatt unter der Überschrift „Stoppt den Klan!“ ihre verachtenswerte Rolle zu verstecken. Da ihr Hauptzweck **dagegen** gerichtet war, den Klan zu stoppen, war das purer Zynismus. Vor Ort am 23. Oktober versuchte die ISO weiterhin, die Leute zu täuschen, die als Reaktion auf den PDC-Aufruf mobilisiert wurden, indem sie sie zum Platz der Demokraten hinlockte, der eine Polizeifalle war. Als die Leute diese Täuschung entdeckten, sahen sich viele, die weggehen wollten, durch die Bullen daran gehindert.

Als die Demokraten kurzfristig ein Publikum von unwissentlich fehlgeleiteten Leuten bekamen, das ihnen die ISO mit ihrem Verrat verschafft hatte, versuchten der Senator Charles Schumer und andere die Versammlung in eine Wahlveranstaltung zu verwandeln. Sie wurden wiederholt von den wütenden Demonstranten niedergeschrien, die nicht auf die Straße gegangen waren, um Wahlreden oder Predigten für „Toleranz“ zu hören, sondern um den Klan-Terror zu stoppen. Während die Anti-Klan-Demonstranten verstanden, dass die Rolle der Bullen darin besteht, diese Nacht- und Nebel-Terroristen zu schützen, stand der ISO-Sprecher direkt vor dem Banner der Bullen der Latino Officers Association. Das ist nicht ungewöhnlich für die ISO, die eine lange Geschichte hat, die Bullen als „Arbeiter“ zu betrachten und deren „Recht“ auf Organisierung zu unterstützen. Werden diese Sozialdemokraten, deren britische Zeitung einmal die Überschrift hatte: „Sind wirklich alle Bullen Schweine?“ jetzt fragen: „Sind wirklich alle Klanmänner Schweine?“

Jeglicher Anspruch der ISO, für die Sache der „Macht der Arbeiter“ einzutreten, zerplatzte in der Luft, als die ISO die Drecksarbeit für die Demokratische Partei machte beim

ESPARTACO
 PERIÓDICO DEL MOVIMIENTO OBRERISTA EN MÉXICO
 OTTOBRENOVIEMBRE DE 1989 MEXICO \$2.00 \$8.00
 ¡Por acciones huelguísticas obreras para derrotar las privatizaciones y defender la educación pública!
 ESTABLECIMIENTO EN LOS ESTADOS UNIDOS
 PARA LOS ESTUDIANTES DE ESPAÑA
 EN LOS ESTADOS UNIDOS
 CONTRA EL ADMISIVO DE DÓNUTOS
 POR UNA UNIVERSIDAD PÚBLICA Y SOCIALISTA
 ¡Organización Obrero de los Países Neoliberalistas Democráticos!
 El segundo artículo más leído periódicamente en una conferencia sobre la huelga de la UNAM organizada por el Comando del Grupo Explotado de México y el Comando de EUSA y estudiantes de México. La conferencia fue muy organizada por nuestra camaradería de la Secretaría de EUSA, como parte de nuestra actividad revolucionaria para defender una huelga.
 Desde hace más de una década, la Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM), la universidad más grande de Latinoamérica, ha sido tomada por una campaña de huelga de estudiantes de la educación pública. La huelga de estudiantes de la UNAM ha sido un éxito. Después de la huelga del profesor Francisco Barrios para acabar con la privatización de la UNAM, los estudiantes han iniciado la huelga de la UNAM para acabar con la privatización de la UNAM. El resultado ha sido una victoria obrera. Los estudiantes de la UNAM han iniciado la huelga de la UNAM para acabar con la privatización de la UNAM. El resultado ha sido una victoria obrera. Los estudiantes de la UNAM han iniciado la huelga de la UNAM para acabar con la privatización de la UNAM. El resultado ha sido una victoria obrera.

Abonniert!

Zeitung der Grupo Espartaquista de Mexico

4 Ausgaben DM 8,-

Zu beziehen über:
 Verlag Avantgarde
 Postfach 555
 10127 Berlin
 Konto 1 1988-601
 Postbank Frankfurt/M.
 BLZ 500 100 60

Demobilisierungsversuch gegen den von der Arbeiterbewegung getragenen Massenprotest, der den Klan stoppte. Die ISO steht entlarvt da als Diener des Kapitals gegen die Interessen der Arbeiterklasse, der Schwarzen und aller Unterdrückten.

Zwar hat die übrige Linke nicht eine so prominente Rolle wie die ISO gespielt, um den Interessen der Demokratischen Partei zu dienen, aber die meisten blieben stumm angesichts der tödlichen Klan-Bedrohung, bis Stringer und Sharpton anfangen, zu ihrer liberalen Ablenkung aufzuzufahren. Die Kommunistische Partei unterstützte die Stringer-Kundgebung. Die Workers World Party (WWP) versuchte, auf beiden Hochzeiten zu tanzen. Unter lächerlicher Vortäuschung einer Unabhängigkeit von den Demokraten riefen sie dazu auf, sich an dem von Stringer angekündigten Platz zu versammeln, allerdings etwas später als zur offiziellen Anfangszeit. Dann, am 23. Oktober, hatte die WWP auch Leute bei der PDC-Kundgebung, wo sie Plakate verteilten, die „Stoppt den Klan“ forderten und zu einem „neuen Prozess“ für den schwarzen politischen Gefangenen in der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal, aufriefen. Als Jugendgenossen der SYC darauf hinwiesen, dass dies Illusionen in genau dasselbe Gericht sät, das Jamal zum Tode verurteilt und das „Recht“ auf Klan-Terror bestätigt hat, tauschten viele Leute, die unabsichtlich die WWP-Plakate genommen hatten, diese gegen PDC-Plakate aus, die *Freiheit* für Jamal forderten.

In einem höchst ungewöhnlichen Schritt riefen die Stalin-Fans der Progressive Labor Party (PL), die die Trotzisten als „Trotskyites“ angiften und als Faschisten verleumden, dazu auf, sich am Ort der PDC-Mobilisierung zu versammeln; vor Ort unterschrieben sie eine Unterstützererklärung. Jetzt prahlt eine PL-Internet-Erklärung, „Tausende“ seien „von PLP geführt“ worden, und behauptet: „Die PLP war notwendig, um einen Marsch von Hunderten anzuführen, die sich losrissen, weil sie wirklich den Klan konfrontieren wollten.“ In Wirklichkeit hat PL sich selber direkt in eine Kette von Bereitschaftsbullen „geführt“, die ein kleines Stück entfernt war. Die ganze PL-Strategie der individuellen Konfrontation mit den Bullen und den Faschisten basiert auf einer Zurückweisung der Arbeiterklasse als Kraft für den sozialen Kampf. Giulianis Bullen verhafteten am 23. Oktober mehrere Anti-Klan-Demonstranten. Wir fordern: Weg mit allen Anklagen, sofort!

Die selbst ernannten PL-Kommunisten, die noch rötter als rot sein wollen – und die nicht den Unterschied zwischen

einer Gewerkschaft und rechten religiösen Betbrüdern wie den „Promise Keepers“ erkennen können –, lassen sich von absolut *keinem* Klassenkriterium leiten. Daher äußerten sie beim Streik der machtvollen Teamster-Gewerkschaft gegen die UPS-Bosse keinerlei Solidarität. Stattdessen taten sie diesen Kampf als ein Gefecht zwischen zwei Flügeln der herrschenden Klasse ab! Mit dieser abgrundtiefen Verachtung für die organisierte Arbeiterklasse sind PL-Aufrufe wie „Tretet den Bossen in den Arsch“ und „Tod dem Klan“ kaum etwas anderes als das Geblöke von Liberalen, die sich in Pose werfen.

Die Macht der Arbeiterbewegung mit der Wut der Ghettos verbinden

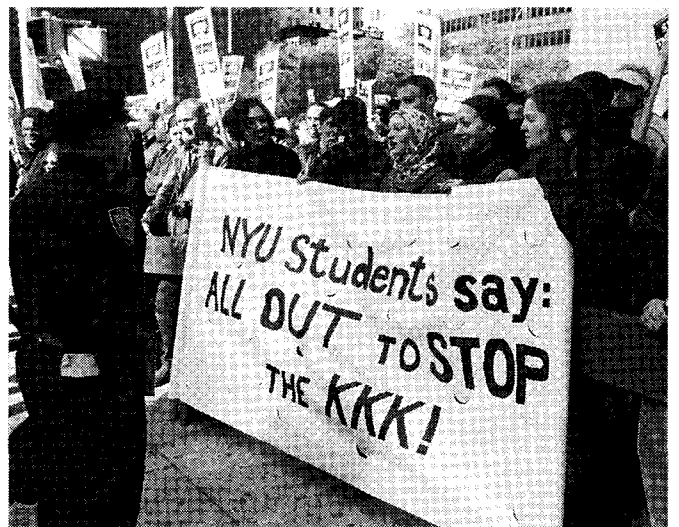
Die liberalen Demokraten und ihre Verbündeten beabsichtigten ganz klar, jeden unabhängigen Ausdruck der Macht der Arbeiterbewegung und *deren* Verbündeten, die den Klan am 23. Oktober stoppen wollten, zu verhindern. Aber sie haben sich schwer verrechnet angesichts der Wut gegen den Klan-Aufmarsch, die quer durch die Stadt herrschte, und sind mit ihren Anstrengungen kläglich gescheitert. Während des ganzen Aufbaus dieser Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung wurde den Demokraten und ihren Gewerkschaftslakaien offenbar klar, dass sie nicht einmal den Versuch machen konnten, die übliche Gewalthetze und Kommunistenhatz gegen das PDC einzusetzen, wie man es gegen frühere PDC-initiierte antifaschistische Mobilisierungen versucht hatte. Das liegt nicht daran, dass sie irgendwie weniger Angst oder Feindschaft verspürten gegenüber der Arbeiterbewegung, die auf einem klassenkämpferischen Programm mobilisiert wird. Vielmehr erkannten sie, dass sie nicht offen gegen die Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung, um den Klan zu stoppen, angehen konnten in einer Stadt, wo sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung direkt im Fadenkreuz der rassistischen Terroristen befindet.

Viele Gewerkschaften sagten uns, dass sie die PDC-Mobilisierung nicht unterschreiben könnten, weil ihre Führung über diese Frage gespalten war. Trotzdem verlangten etliche, die nicht unterschrieben hatten, Stapel des PDC-Mobilisierungsflugblatts, um sie in ihren Gewerkschaftshäusern auszulegen. Dennis Rivera, der in der Ortsgruppe 1199 eine gut geölte Maschinerie kommandiert, machte keinen offenkundigen Versuch, seine Mitgliedschaft für Stringers „Rederecht“-Ablenkung zu mobilisieren.

Fortgesetzt auf Seite 30



Young Spartacus



Workers Vanguard

New York, 23. Oktober: Spartacus Youth Clubs organisierten Studenten und junge Arbeiter hinter der sozialen Macht der Arbeiterklasse, um den KKK zu stoppen. Für viele der erste Geschmack von proletarischer politischer Massenaktion



Workers Vanguard

Transportarbeiter der TWU, Ortsgruppe 100 am 23. Oktober. Die Arbeiterklasse muß im Kampf für Mumias Freiheit mobilisiert werden

KKK aus New York verjagt...

Fortsetzung von Seite 29

Ebenso war von den borniert zünftlerischen Gewerkschaftsbürokraten an der Spitze des Central Labor Council (zentraler Gewerkschaftsrat), die Stringers „Demonstration für Toleranz“ unterstützten, kein Wort darüber zu hören, dass die Gewerkschafter sich von der Arbeiter/Schwarzen Mobilisierung fern halten sollten.

Darin spiegelte sich die Angst der Gewerkschaftsbürokraten und der schwarzen Demokraten wider, sie könnten potentiell die Wut an der Basis der Gewerkschaften und die Empörung in den Ghettos und Barrios zum Explodieren bringen, wenn sie sich gegen die Anti-Klan-Mobilisierung des PDC stellten. Aber das hat sie nicht von ihren Versuchen abgehalten, diese Mobilisierung zu vereiteln.

Die Redakteure der *Amsterdam News* beteten groteskerweise die Rassisten nach, als sie zur Verteidigung ihrer rechtlichen Schritte zu Gunsten des Klans den KKK mit Khallid Muhammad verglichen. Der PDC-Koordinator für Gewerkschaften, Gene Herson, brandmarkte diese Gleichstellung der Opfer des Klan-Terrors mit den Tätern und antwortete: „Das dient dazu, den wirklichen Feind zu ver-

kanalisieren wollen, damit sie selber die einzigen Ausbeuter der Ghettomassen sein können. Diese Antwort war in den Vierteln der Minderheiten der ganzen Stadt spürbar.

Ein koreanischer Ladenbesitzer in Harlem kam aus seinem Geschäft, um Geld zu spenden und Flugblätter für die Anti-Klan-Mobilisierung zu verteilen. In Chinatown nahm ein Händler einen Stapel Flugblätter und brachte dem PDC-Team bei, wie man „Stoppt den Klan“ auf Chinesisch ruft, was sogleich zu sympathisierenden Menschentrauben rund um den PDC-Lautsprecher führte. Bei der Mobilisierung selber machten viele schwarze Teilnehmer Bemerkungen über den multirassischen Charakter der Kundgebung und stimmten lautstark zu, als von der Rednerbühne aus der Antisemitismus angeprangert wurde.

Im Gegensatz zu den Predigten von liberaler „Vielfältigkeit“ – wie Jesse Jacksons „Regenbogen-Koalition“ oder David Dinkins’ „schönes Mosaik“ –, die eine Anerkennung des rassistischen Status quo und der ethnischen Politik der Demokratischen Partei bedeutet, war das eine machtvolle Demonstration der **Klasseneinheit** und der Einheit der Unterdrückten hinter der sozialen Macht der multirassischen Arbeiterklasse. Besonders ein Sprechchor fand bei der PDC-Mobilisierung großen Widerhall: „Asian, latin, black and white – workers of the world unite!“ [Asiatisch, lateinamerikanisch, schwarz und weiß – Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!] Jeder konnte bei dieser von der Arbeiterbewegung getragenen Anti-Klan-Mobilisierung mit eigenen Augen diese proletarische Macht sehen.

Der Kampf für ein Arbeiteramerika

Der Klan entstand aus der blutigen Reaktion im Süden nach der Niederlage der Sklavenhaltergesellschaft im amerikanischen Bürgerkrieg. Die Klanmänner waren unter Kapuzen und Roben die Vertreter der ehemaligen Konföderation, die eine Kampagne des Terrors, der Einschüchterung, der Verstümmelung und des Mordes durchführten: Diese Kampagne zielte darauf ab, die politischen Rechte zu erwürgen, die die befreiten Sklaven während der Rekonstruktion gewonnen hatten. Der KKK war die Speerspitze zur Wiederherstellung der weißen Vorherrschaft in Gestalt des Systems der Jim-Crow-Rassentrennung, die fast ein ganzes Jahrhundert herrschte. Mit dem Lynchmord des KKK an dem jüdischen Geschäftsmann Leo Frank in Georgia 1915 kündigte sich der Wiederauf-

Grundsatzserklärung und einige Elemente des Programms
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

In chinesischer Sprache erhältlich!

8 Seiten
DM 2,-

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



stieg des KKK an, der ihm in den 20er Jahren mehrere Millionen Anhänger brachte.

Heute ist der Klan ein terroristischer Haufen des letzten Abschaums, der von Amerikas herrschender Kapitalistenklasse in Reserve gehalten wird. Diese herrschende Klasse, eine winzige Minderheit, die den gesamten wirklichen Reichtum dieser Gesellschaft enteignet, glaubt, dass kein anderer Rechte hat, die von dieser Regierung des reichen weißen Mannes respektiert werden müssten. Diese herrschende Kapitalistenklasse braucht die einheimischen Nazis des KKK, die losgelassen werden, um die Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen, wenn die Massen nicht länger durch die Lüge eingullt werden können, dass ihre Interessen durch die kapitalistische „Demokratie“ repräsentiert werden.

Der politische Kampf, der notwendig war, um die Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung aufzubauen, die den Klan-Aufmarsch in New York City stoppte, beinhaltet wichtige Lehren für alle, die gegen die Zerschlagung der Gewerkschaften, gegen Rassismus, Armut, Obdachlosigkeit, Krieg und all die anderen abscheulichen Auswirkungen eines Systems kämpfen wollen, dessen Wurzeln die Ausbeutung und die Rassenunterdrückung sind. Von zentraler Bedeutung ist, dass der kapitalistische Staat nicht neutral ist. Er ist das Instrument der organisierten Gewalt, um die Herrschaft einer Klasse – der Kapitalisten – über eine andere Klasse – das Proletariat – sicherzustellen. Als Marxisten wissen wir, dass der bürgerliche Staat im Kern aus besonderen Formationen bewaffneter Menschen besteht – den Bullen, dem Militär, dem Gefängnisystem und dem ganzen „Rechtssystem“ –, deren Aufgabe es ist, die Profite und die Herrschaft der Kapitalisten zu schützen und die Arbeiter zu unterdrücken. Die gesamte geschichtliche Erfahrung hat gezeigt, dass die Arbeiterklasse den Staat nicht reformieren und in ihrem eigenen Interesse benutzen kann, sondern ihren eigenen Staat schaffen muss, einen Arbeiterstaat. Der revolutionäre Kampf für die proletarische Staatsmacht ist der einzige Weg zur Befreiung der Schwarzen und zur Befreiung der Arbeiter und aller Unterdrückten.

Wir haben die Perspektive nicht erfunden, auf der unsere Anti-Klan-Mobilisierungen basieren. Sie ist die konkrete Anwendung der Erfahrung der bolschewistischen Partei, die die erste – und einzige – erfolgreiche proletarische Revolution in der Geschichte geführt hat: die Oktoberrevolution von 1917. Wie die prokapitalistische Gewerkschaftsbürokratie in diesem Land die durch harten Klassenkampf gewonnenen Errungenschaften unterminiert, so wurden die Errungenschaften der Russischen Revolution durch die stalinistische Bürokratie verraten, die den Arbeitern die Ausübung der politischen Macht entrisen hat. Parallel zur Politik der AFL-CIO-Spitzen verfolgten die Stalinisten nicht eine Politik des internationalistischen Klassenkampfes, sondern der Klassenkollaboration. Letztendlich hat dies 1991/92 zur Zerstörung der Sowjetunion durch die Kräfte des Imperialismus und der einheimischen Konterrevolution geführt.

Seither haben die imperialistischen Herrscher den „Tod des Kommunismus“ gefeiert. Aber der Kommunismus ist nicht tot – er ist das Programm, das die Klasseninteressen der Arbeiter und Unterdrückten zum Ausdruck bringt und



Workers Vanguard

Ed Kartsen, Redner der Spartacist League. Es bedurfte einer revolutionären Führung, um die New Yorker Arbeiterklasse und Minderheiten in machtvoller Einheitsfrontaktion zu mobilisieren

aus den Bestrebungen und Kämpfen für eine Gesellschaft wirklicher Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit erwächst. Was notwendig ist, um diese Bestrebungen zu verwirklichen, ist eine Arbeiterpartei, die in die Arbeiterklasse das Bewusstsein hineinbringen kann, dass sie die soziale Macht und das historische Interesse hat, gegen die Herrschaft des Kapitals und gegen jede Äußerung der Barbarei dieses Systems zu kämpfen. Was notwendig ist, ist eine Arbeiterrevolution, die die Macht der wenigen brechen und die vielen befreien kann – die Werktätigen und ihre Verbündeten –, die den Reichtum, der durch ihre Arbeit geschaffen wird, zum Nutzen der Mehrheit einsetzen werden, sowohl in Amerika als auch auf der ganzen Welt. Am 23. Oktober erlebten Tausende Werktätige und Angehörige der Minderheiten von New York einen ersten Vorgeschmack dieser Arbeitermacht.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 722, 29. Oktober 1999

Abonniert!

Workers Vanguard, zweiwöchentliche Zeitung der Spartacist League/U.S. 22 Ausgaben inkl. Spartacist (englische Ausgabe) und Black History

Luftpost DM 50,-
Seepost DM 20,-

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

WORKERS VANGUARD 60c

China: WTO Entry Means Mass Unemployment, Imperialist Plunder

Defend Chinese Workers! Defend Workers! Defend the Proletariat! Defend the Revolution!

For Proletarian Unity! Register to Join Spartacist! Register to Join Spartacist!

Seattle: National Guard, Cops Attack WTO Protesters

AFL-CIO Tops Push Anti-Communism, Protectionist Poison

SPARTAKIST

Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung verjagt den KKK aus New York



**Tausende auf der Straße
stoppen Klan-Terror**

Workers Vanguard

Zu Tausenden gingen am 23. Oktober entschlossene New Yorker auf die Straße, um sicherzustellen, dass der Ku Klux Klan in ihrer Stadt nicht aufmarschiert. Sie wurden mobilisiert durch den vom Partisan Defense Committee (Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung) initiierten Aufruf: „Alle heraus, um den KKK am 23. Oktober zu stoppen!“ Hunderte Werktätige, Studenten und andere machten mit beim Verteilen von 175 000 Mobilisierungsflyblättern des PDC an Arbeitsplätzen, Universitäten und in den Stadtvierteln von ganz New York.

Tausende kamen auf die Straße trotz der Versuche der Guiliani-Stadtverwaltung, ihrer Bullen und der Gerichte, die uns das Recht verweigern wollten, dafür zu mobilisieren, den Klan zu stoppen. Sie kamen heraus im Gegensatz zu den Appellen der falschen „Freunde der Arbeit“ in der Demokratischen Partei und der selbst ernannten Sprecher für die schwarze Bevölkerung, die eine „Demonstration für

Toleranz“ gegenüber den „Rechten“ des KKK propagierten. Sie wussten: Das

war keine Frage des „Rederechts“, sondern es ging darum, den Klan-Terror und -Mord zu stoppen. Sie kamen heraus, um die Klan-Lynchmörder von ihren Straßen zu vertreiben. Und genau das haben sie getan.

17 Klansmänner, die ihre Gesichter nur unter dem Schutz einer Armee von Bullen zeigen konnten, kauerten vor dem Obersten Gericht des Staates New York, von allen Seiten bedrängt durch mindestens 8000 entschlossene Anti-Klan-Demonstranten. „Unmaskiert und überwältigt: Klan wird bei Kundgebung belagert“, titelte die *New York Times* am nächsten Tag. Als diese Rassisten in weißen Roben und Kapuzen unter Polizeischutz zurück in das Gerichtsgebäude hasteten – gerade mal zur Halbzeit ihrer geplanten Kundgebung –, brachen die Gewerkschafter und andere, die sich unter dem PDC-Banner „Arbeiter/Schwarzen-

Fortgesetzt auf Seite 25

Mobilisiert Arbeiter/Schwarzen-Macht, um Mumia zu befreien ... S. 5